

**Bezugspreis:**  
Vierteljahr 36.— M., monatlich 12.— M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Voll-  
bezug: monatlich 12.— M., einschl. Zu-  
stellungsgebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänzig, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Oesterreich,  
Ungarn und Luxemburg 24.— M., für  
das übrige Ausland 36.— M. Post-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dän-  
emark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Siedlung und Kleingarten“  
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags  
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonnabend, den 8. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

**Anzeigenpreis:**  
Die unangepaltene Komposition  
folgt 6.— M. „kleine Anzeigen“  
das fertige Wort 2.— M. (zu-  
lässig zwei fertige Wörter), jedes  
weitere Wort 1.— M. Stellungs-  
und Schlafstellenanzeigen das erste  
Wort 1.— M., jedes weitere Wort  
60 Hg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-  
anzeigen für Abonnenten 50 Hg.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leitungsaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

## Kathenau über das Abkommen.

Wiesbaden, 7. Oktober. (M.F.B.) Minister Rathenau äußerte sich zu Presseleuten sehr befriedigt über Gang und Abschluß der Verhandlungen. Er führte aus:

Seit Jahren fand zum erstenmal eine Verhandlung statt, bei der jeder Teil auf die Interessen des anderen Rücksicht genommen hat und bei dem ein nicht diffiziles Abkommen das Ergebnis war, das aus rein geschäftlichen Wege der Verhandlung erzielt wurde. Was beide Parteien zusammengebracht hat, war das allgemein anerkannte Bedürfnis der beschleunigten Wiederherstellung der zerstörten französischen Gebiete. Es ist von französischer Seite viel für den Wiederaufbau geleistet worden, sehr viel bleibt noch zu leisten übrig. Es war notwendig, nicht nur im französischen, sondern im Weltinteresse, daß diese schwärzeste, aber zugleich gefährlichste Spur des Krieges verschwindet. Vielleicht liegt eine symbolische Bedeutung darin, daß diejenigen beiden Nationen, die sich in vielen aufeinanderfolgenden Kriegen bekämpft haben, zum ersten Male zu einem wirklichen Friedenswerk sich vereinigen. Deutschland bringt, um dieses Werk zu ermöglichen,

ein schweres Opfer,

und gerade dieses Opfer wird von jedem, der die Vereinbarung ohne tieferen Einblick beurteilt, ihm zum schweren Vorwurf gemacht. Es ist wahr, daß Deutschlands Lage keine derartige ist, daß es sich danach drängen soll, den Bankier zu spielen, am wenigsten denjenigen Ländern gegenüber, die von Deutschland große Leistungen zu erhalten haben. Aber wenn man berücksichtigt, daß die Goldleistungen schwerer auf Deutschland lasten als jede andere Bürde und daß mit ihrer Fortdauer die Entwertung der Mark und damit die Unordnung der deutschen Finanzen unabwendbar verknüpft ist, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die teilweise Vorleistung von vier Jahren weitaus, auch finanziell betrachtet,

das kleinere Übel

ist. Es wird durch das Abkommen nicht nur der Wiederaufbau gefördert, sondern es wird auch einerseits ein erheblicher Teil der deutschen Goldleistungen in Sachgüter umgewandelt, d. h. ausländische Verpflichtungen durch inländische ersetzt. Es wird ferner aber noch für die deutsche Produktion ein Absatzgebiet erschlossen, das vermutlich niemals wieder der deutschen Wertigkeit entgegen wird.

Das Interesse an den Abmachungen ist aber nicht nur auf Deutschland und Frankreich beschränkt, es ist nicht nur eine Frage der Wiederherstellung, sondern es kommt mittelbar auch allen anderen Nationen zugute, denn die Waren, die für die französische Wiederherstellung dienen, drücken auf den Weltmarkt. Abgesehen hiervon aber besteht die

Möglichkeit, ähnliche Vereinbarungen auch mit anderen allierten Ländern

zu treffen, und solche Abmachungen werden deshalb leichter sein als die ersten, weil sie nicht wie die mit Frankreich auf einer Vorleistungsbasis beruhen müssen.

Die Opfer der Kreditierung werden erforderlich, um den französischen Aufbau in einen kürzeren Zeitraum zusammenzudrängen. Analoge Abmachungen mit anderen Staaten werden ähnliche Notwendigkeiten nicht mit sich bringen.

Rathenau schloß damit, daß die Hoffnung bestehe, durch diese erste grundsätzliche auf friedlicher und geschäftlicher Basis erfolgte Verständigung eine Periode der europäischen Gemeinschaftsarbeit und des Wiedererwachens der weltwirtschaftlichen Solidarität einzuleiten.

Paris, 7. Oktober. (G.E.) Einem Berichterstatter des „Intransigeant“ erklärte eine Persönlichkeit aus der Umgebung Boucheurs, Deutschland sei im Hinblick auf seine finanzielle Zukunft erregt. Doch das Abkommen werde auf Deutschland günstige finanzielle Rückwirkungen haben, so daß es seine Industrien für die nach und nach ausgeführten Lieferungen bezahlen könne. Die Befürchtung, daß Verwicklungen bei den Zahlungen, die das Reich der Industrie oder dem Handel leisten muß, möglich seien, erklärte er als unbegründet.

### Die Wiesbadener Nebenabkommen.

Wiesbaden, 7. Oktober. (M.F.B.) Die Nebenabkommen, die bekanntlich den Kohlen- und Preis (sob: Preis des Gutes beim Abgang in See, cii: Preis bei Ankunft von See), die Restitution von rohem Material und Maschinen und die Rückerstattung von Vieh behandeln, sind von Rathenau und Boucheur heute vormittag 11.30 Uhr unterzeichnet worden.

Drei Abkommen beziehen sich auf die Ablösung der Restitutions an Frankreich.

Die Rücklieferung von Industriematerial hört am 6. Dezember 1921 auf. Danach werden lediglich diejenigen Maschinen noch zurückgeliefert, die vorher abgerufen worden sind. Im übrigen bleibt das auf deutschem Gebiet noch vorhandene, aus Frankreich weggeführte Material endgültig in deutschem Besitz. Dafür liefert Deutschland an Frankreich

binnen acht Monaten 120 000 Tonnen Industriematerial, die dem bereits zurückgelieferten Material entsprechen. Frankreich wählt sich dieses Material in den Lagern der deutschen Regierung

aus. Das Material soll nach Möglichkeit neu, kann aber auch gebraucht sein, muß sich jedoch in vollkommen betriebsfähigem Zustande befinden. Falls entsprechendes Material nicht vorhanden ist, hat die deutsche Regierung neues Material zu liefern.

Auf die 120 000 Tonnen wird das seit dem 1. Mai 1920 zurückgelieferte Material mengenmäßig angerechnet, desgleichen weitere 20 000 Tonnen

als Ausgleich für das in Esch-Lothringen verbliebene Material. Außerdem bekennt sich Deutschland Frankreich gegenüber als Schuldner einer Summe von 158 Millionen Goldmark, die im Verlaufe von 5 Jahren, beginnend am 1. Mai 1926, in gleichen Jahres-

## Schuldenwirtschaft

werfen die bürgerlichen Parteien der bisherigen sozialistischen Mehrheit in Berlin vor. Die jetzigen Schulden Berlins von über 4 Milliarden Mark

waren aber beim Amtsantritt der sozialistischen Mehrheit bereits vorhanden und stammen aus der Zeit der bürgerlichen Mehrheit und zwar größtenteils

## aus der Kriegszeit.

Gebt den bürgerlichen Schwindlern am 16. Oktober die Antwort!

## Wählt SPD!

raten im Wege der Aufrechnung gegen Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Deutschland, in Ermangelung solcher Verpflichtungen durch Barzahlung zu tilgen sind.

Die Restitution von rohem Eisenbahnmateriale wird auf 6200 Wagen

beschränkt, die in gut erhaltenem Zustande abzuliefern sind. Zur Ablösung der weitergehenden Restitutionsverpflichtungen wird Deutschland an Frankreich 4500 neue Fahrzeuge liefern. Eine französisch-deutsche Sachverständigenkommission wird demnächst in Paris zusammentreten, um die Einzelheiten zu vereinbaren.

Die Restitution der aus Frankreich nach Deutschland verbrachten Tiere wird durch Lieferung von

62 000 Pferden, 25 000 Rindern, 25 000 Schafen und 40 000 Bienenstöcken

abgelöst. Daneben sind nur diejenigen Tiere zurückzuliefern, die unter namentlicher Angabe der deutschen Besitzer in den bereits übermittelten Listen aufgeführt sind. Außerdem hat Deutschland gegen Ausschritt auf Reparationskonto weitere 13 000 Pferde an Frankreich zu liefern. Dafür wird Frankreich seine weiteren Viehlieferungen auf Grund des Versailler Teils VIII verlangen.

In diesen drei Abkommen ist ausdrücklich bestimmt, daß nach Ausführung dieser Lieferungen Deutschland Frankreich gegenüber seine Verpflichtungen aus Art. 236 erfüllt hat. Frankreich wird das Personal der Restitutionskommissionen auf das unbedingt notwendige Maß beschränken und nach Abgabe der Lieferungen weiter herabsetzen.

Das vierte Abkommen bezieht sich auf

### Die Kohlenlieferungen

und bedarf, da es teilweise auch Belgien, Italien und Luxemburg betrifft, der Zustimmung der Reparationskommission. Deutschland verzichtet Frankreich gegenüber für Lieferungen über Rotterdam, Antwerpen, Gent und andere nichtdeutsche Häfen auf den Höchstpreis und erhält für diese Lieferungen den deutschen Inlandpreis plus Transportkosten. Deutschland hat das Recht der freien Ausfuhr seiner Kohlen, wenn es die Reparationsanforderungen erfüllt. Werden Kohlen eines bestimmten Reviers oder einer bestimmten Art nicht angefordert, so ist Deutschland in der Verfügung darüber frei. In der Höhe des Wertes von so ausgeführten Kohlen, berechnet nach deutschem Inlandpreis, wird Deutschland Anzahlungen auf seine Zahlungsverpflichtung machen. Die Alliierten verpflichten sich, die von Deutschland gelieferten Kohlen nur für den eigenen Bedarf und den ihrer Kolonien und Protektorate zu verwenden. Deutschland kann bei etwaiger Ausführung der unter Artikel 299 aufrecht erhaltenen Vorkriegsverträge bis zu 150 000 Tonnen monatlich der so gelieferten Mengen auf die anderen Vorkriegslieferungen an Frankreich anrechnen. Der Erlös solcher Lieferungen wird auf das Reparationskonto eingezahlt. Außerdem wird das im Juli über den Wassertransport der Kohlen geschlossene deutsch-französische Abkommen von beiden Regierungen genehmigt.

### Rheinzollersatz.

Der Präsident des alliierten Sachverständigenausschusses in Koblenz hat an den Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete heute die nachstehende Note gerichtet:

Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß, da die Beratungen des Sachverständigenausschusses über die Einrichtung des Ueberwachungsorgans nicht zum Abschluß gelangt sind, die Zusammenkunft mit der deutschen Delegation nicht an dem festgesetzten Termin stattfinden kann. Ich bitte Sie daher, möglichst umgehend diese Delegation zu benachrichtigen, die zu einem späteren Termin geladen werden wird.

bell Abadessa.

## Reichswehr und Republik.

Von Jakob Scherer.

Der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-schaft ist der Schutz der republikanischen Staatsform sittliches Postulat, weil ihr Inhalt das demokratische Mitbestimmungsrecht auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, diesen Volksteilen sittliche Erfüllung bedeutet. Allen Anschlägen auf ihr Leben konnte die Republik bisher widerstehen, weil der Selbstschutz aller bedrohten demokratischen Energien ihr ein schirmender Wall war.

Der ungestörte Fortgang unseres Staats- und Wirtschaftslebens verlangt gebieterisch, daß dieser Selbstschutz der republikanischen Volksgemeinschaft auf die berufenen staatlichen Organe übergeht. Das republikanische Volk kann nicht auf die Dauer mit stets gerüsteter, schlagfertiger Abwehr den republikanischen Frontenschutz bestreiten und gleichzeitig die gigantischen Leistungen des inneren Wiederaufbaues vollbringen. Die Regierung treibt Raubbau an dem republikanischen Volkvermögen, wenn sie nicht bald die republikanische Verteidigung einer für die Republik zuverlässigen Wehrmacht überträgt und dazu die bestehende Reichswehr zweckentsprechend neugestaltet.

Denn in der heutigen Reichswehr besitzt die Republik keine Verteidigungswaffe; dazu fehlen diesem militärischen Organismus alle inneren Voraussetzungen. Die Republik mag heilfroh sein, wenn sie im Falle eines Umsturzversuches von rechts einer passiven Haltung der Reichswehr versichert sein darf.

Wer den inneren Werdegang unserer Reichswehr rückwärtschauend verfolgt, sieht anfänglich des Kapp-Putsch eine Scheidung der Geister sich vollziehen. Bis zu diesem Zeitpunkt lebte man in der Reichswehr scheidlich und friedlich nebeneinander. Als aber in den Kapp-Tagen die aus der wilhelminischen Zeit überkommene mechanische, ideenlose Dressur auf die Vorgefekten, Disziplin genannt, verfassungswidrig mißbraucht werden sollte, zerbrach diese Disziplin bei dem republikanisch denkenden Teil der Soldaten wie Glas. Die Truppe fiel in zwei Teile auseinander, die sich dadurch unterschieden, daß in den kritischen Tagen die einen ihre Gehorsamsverpflichtung auf die republikanische Staatsidee, die anderen auf die Vorgefekten bezogen hatten. Mit der uneingeschränkten Restauration der vormärzlichen Offiziersgewalt blieb der königlich-preussische Disziplinbegriff, für den die hauende, stehende und schießende Soldatenmaschine der Weisheit letzter Schluss ist, unerschütterlich. Diese Erledigung des Kapp-Putsch war der Beginn der Republikanerndämmerung in der Reichswehr.

In einem planmäßig einsehenden rigorosen Ausleseprozeß traf jener automatische Disziplinbegriff alle, die in verfassungsmäßiger republikanischer Pflichterfüllung wider den Schlag gelöst hatten. Gelegentlich der Sitzungen zwecks Heeresverminderung wurden die Republikaner wegen „mangelnder militärischer Eignung“ zu Tausenden ausgeschifft. Die getreuen „Kerls“ wurden in neugegründeten Vereinigungen zusammengefaßt. Damals entstand in der Marine die „Kameradschaft“, deren Sitzungen in der Marineleitung ausgearbeitet wurden, während im Heere der „Verband nationalgesinnter Soldaten“ und die Regimentsvereinigungen die antirepublikanischen Geschäfte besorgten. Gleichzeitig kam der altpreußische Drill wieder zu Ehren und wurde in gesteigerter Heftigkeit kultiviert. In der jetzigen Reichswehr werden aus kleinen Anlässen häufigere und härtere Strafen verhängt wie im alten Heere.

Dem im Wehrgefeß ausgesprochenen Verbot der Zugehörigkeit der Soldaten zu politischen Vereinigungen fielen im Frühjahr d. J. der „Verband nationalgesinnter Soldaten“, der Nationalverband Deutscher Offiziere“, der „Republikanische Führerbund“ und die „Offiziersvereinigung der Republik“ zum Opfer. Die hier gewählte Parität in der Entpolitisierung der Reichswehr ist aber trügerischer Schein. Denn nunmehr wurde der Geist der beiden erstgenannten Vereinigungen offizieller Reichswehrgesist. Dem Ausmerzungsprozeß der Republikaner folgte die offizielle Um- und Einstellung der gesamten Reichswehr auf die „Pflege der Tradition“ — dies ist die offizielle Etikette — auf dem Fuße. Die Bendlerstraße verkündete nach unten, daß es „für gesund und dem Geiste des neuen Heeres förderlich“ gehalten werde, „daß dem Soldaten die Erinnerung an die Zeit, in der er für sein Vaterland in Ehren gekämpft und gelitten hat, teuer ist und daß er auch an der Verbindung mit den Kameraden und Vorgesetzten festhält, mit denen gemeinsam er das alles durchgemacht“. Und nicht nur der Mann, auch die Truppenausrüstung wurde in den Dienst der „Tradition“ gestellt. Nach einer Verfügung des Reichswehrministeriums vom 22. August d. J. „bestehen gegen die teilweise Abgabe von Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken aus den Beständen der Truppen an vaterländisch gesinnte Vereine zu Aufführungen und Zwecken, die der Erstarbung der Jugend dienen, aus innerpolitischen Gründen keine Bedenken“. Der im



Wehrgefehl nidergelegte Kaufschuldbegriff der „mangelnden Befähigung“, die ein sofortiger Entlassungsgrund ist, hängt wie ein Damoklesschwert über der Reichswehr, das jeden, auch den militärisch Tüchtigsten trifft, wenn er eine andere Gesinnung als die „deutsche und nationale“ (d. h. in Wahrheit die deutsch-nationale) zu haben und zu vertreten wagt.

Diese Reichswehr lebt und lebt in der Vergangenheit. Es braucht darum niemanden wunderzunehmen, daß keine Brücke solidarischer Anteilnahme von der Volksgemeinschaft zu dem Schicksal ihrer Angehörigen hinüberführt. Im Juli d. J. konnte das Verbot der bis dahin noch zugestanden wirtschaftlichen Koalitionen auf dem Verordnungswege über die Soldaten verhängt werden, ohne daß in der deutschen Öffentlichkeit, außer in der sozialistischen Presse, grundsätzliche Kritik an dieser Maßnahme geübt wurde. Leider verdeckt sich hinter dieser Abstinenzpolitik ein schlimmeres Uebel als bloße Gleichgültigkeit: es fehlt eine der demokratisch-republikanischen Staatsidee angepaßte militärische Vorstellungswelt, man kann sich schlechterdings einen anderen als den aus der absolutistischen Zeit überkommenen Soldatentyp nicht denken und erliegt allen Argumenten der Militärs, die nicht willens sind, ihre alte Machtfülle und die alte militärische Ideologie und Phrasologie auch nur mit einem einzigen neuen Gedanken durchlöchern zu lassen.

Noch immer hat in der Geschichte jede Truppe militärisch verfaßt, deren Geist sich im Widerspruch befand zu der Entwicklungshöhe der Volksgemeinschaft, die sie zu schützen hatte. Unser kleines Berufsheer, das jetzt als Prätorianergarde im wirtschaftlichen und geistigen Solde der Vorgesetzten steht, vom Wege seiner Pflichterfüllung gegenüber der Republik abzuwenden, ist für Staatsstreicher eine bloße Geldangelegenheit. Hat man vergessen, daß Lüttich der Truppe im März 1920 als lotharischen Köder sofort erhöhten Sold auszahlte?

Nur dem Berufssoldaten, dem das demokratische Mitbestimmungsrecht auf wirtschaftlichem Gebiete zugestanden ist, wird die demokratische Republik zum Erlebnisinhalt, deren Schicksal ihm sittliches Gebot ist. Der militärische Organismus vertritt das wirtschaftliche Koalitionsrecht, ebenso wie die Fabrik die Berufsorganisationen und Gewerkschaften vertritt, soviel darüber auch gezetert worden ist.

Interessanten sind in den letzten Tagen öffentlich, sogar in der Presse der Koalitionsparteien, gegen die Wiederaufhebung des wirtschaftlichen Koalitionsrechts im Heer Sturm gelaufen. Sie haben sich dabei, wie auf Verabredung, des Reqnisses des früheren Vorsitzenden des RdB. und seiner kürzlich veröffentlichten (im „Vorwärts“ besprochenen und abgelehnten) Broschüre „Koalitionsrecht und Berufssoldaten“ bedient, in der die Bünde im Heere als eine Episode abgetan werden. Vielleicht wird bei Gelegenheit auch in der breiteren Öffentlichkeit, wie dies in der Hauptpresse schon geschehen ist, einmal auf die Qualitäten dieser abtrünnigen „Autorität“, wie sie jede junge Bewegung aufzuweisen hat, einzugehen sein. Die Ausbeuter dieser „Autorität“ wissen jedenfalls selbst ganz genau, daß jene Broschüre in den weitesten Kreisen der Soldaten mit verächtlichem Bedauern quittiert worden ist.

Die deutsche Republik wird sich selbst den besten Dienst leisten, wenn sie nach der politischen und wirtschaftlichen Demokratie auch auf militärischem Gebiete die Demokratie aufrichtet!

Ein verhindertes Prophezei. Freitag nachmittag wurde ein gewisser Jakob Romy zur Kurfürstengrabenwache gebracht, weil er auf dem Leipziger Weg die Druckschrift „Die Stimme des Prophezei“ verkauft, die u. a. folgende Genart enthält: „Das Kapitalverbrechen des Reichspräsidenten Ebert“ und „Der Mordanschlag des Reichskanzlers Brüning“. Die beschlagnahmten 179 Exemplare der Schrift wurden dem Polizeipräsidenten übergeben und Schritte zu Romys Bestrafung eingeleitet.

## Das Angebot der Industrie.

Die Industrie berät noch immer mit den übrigen Unternehmerverbänden über die Beschaffung der Goldanleihe für das Reich. Sie hat feinerzeit bekanntlich erklärt, sie mache die Leistung davon abhängig, daß in gleicher Weise die Landwirtschaft sich an der Aufbringung der Devisen beteiligt. Die „Deutsche Tageszeitung“ verhält sich dieser Forderung gegenüber sehr reserviert und meint, daß die Landwirtschaft zur Steuerung der gegenwärtigen Not vorläufig nur durch eine Steigerung der Produktion beitragen könne. Inzwischen werden Nachrichten verbreitet, wonach bereits amerikanische Finanzleute sich mit Krediten besaßen, und die Rede Hoovers vor dem Verband amerikanischer Exportfabrikanten scheint im Zusammenhang mit dem Stimmungswandel in Amerika gehalten worden zu sein. Wie weit ein amerikanisches Kreditangebot schon gediehen ist, können wir natürlich nicht übersehen. Wichtiger ist, daß im Zusammenhang mit der Goldmünzenbeschaffung auch die Frage der steuerlichen Deckung einer Lösung zugeführt wird. Hierzu bemerkt die „Sozialistische Korrespondenz“ treffend:

Die Sozialdemokratie muß nach wie vor die Erfassung der Sachwerte und zwar aller von der Geldbewertung nicht oder nur teilweise betroffene Werte der Industrie, der Banken, des Handels und der Landwirtschaft fordern. Die Erfassung dieser Sachwerte muß so umfangreich erfolgen, daß wir damit die Reparationen bis zu dem Zeitpunkt zahlen können, wo es die Erträge der deutschen Wirtschaft gestatten, die laufenden Verpflichtungen aus ihrem Ueberfluß zu decken. Das Angebot der Industrie — und dazu müssen Handel, Banken und Landwirtschaft kommen — wäre nur dann vorteilhaft, wenn seine Bedingungen und seine Höhe diesen Anforderungen entsprächen. Die Höhe müßte so bemessen sein, daß nicht nur die nächste Zahlung der Reparationen gesichert wäre, sondern die Deckung der früheren Zahlungsbilanz laufend gewährleistet wäre. Und die Bedingungen des Angebots müßten so gestaltet sein, daß die Bilanzierung des Reichsetats durch starke Heranziehung des Besitzes voll sichergestellt wäre.

Dieser Standpunkt begründet sich von selbst. Es ist unmöglich, aus dem wertfähigen Volke einen Steuerbetrag herauszuholen, der auch nur annähernd das Gleichgewicht im Reichshaushalt herstellt. Wird dieses Ziel aber nicht erreicht, dann schreien Geldbewertung und Teuerung automatisch fort, und Deutschland rückt immer tiefer auf der schiefen Ebene, dorthin, wo Oesterreich und Polen stehen.

Reichskanzler Dr. Brüning hat in Karlsruhe angekündigt, daß er dieses schwerste Hindernis einer Verständigung einer Sozialdemokratie und Volkspartei auf Grund der bürgerlichen Bedingungen, nämlich die Steuerfrage, aus der Welt schaffen könne. Er würde in der nächsten Woche nach Berlin zurückkehren, einen Vorschlag machen, der sowohl den Wunsch der Industrie nach Anrechnung ihrer Leistungen auf die Besitzsteuern wie auch die Forderung der Sozialdemokratie nach gesetzgeberischer Erfassung der Sachwerte befriedigen würde. Wir sind einigermassen neugierig, wie der neue Kolumbus sein Ei auf die Spitze stellen wird. Die Sozialdemokratie ist bereit, das Angebot von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Banken ernsthaft zu prüfen, sobald sie es in vollem Umfange kennt. Aber sie darf sich nicht von ihrem Ziel abdrängen lassen, durch Heranziehung des Sachbesitzes den inneren Etat zu balancieren und die äußere Zahlung für eine Reihe von Jahren zu sichern. Erst nach Klärung dieser grundlegenden Steuerfrage können die rein parteipolitischen Seiten der Regierungsbildung zur Entscheidung gelangen.

Die Industrie selbst hat sich zu der steuerlichen Seite der Sache noch nicht gedehert. Sie wird es, aber noch vor Beginn der amtlichen Beratungen tun müssen, wenn sie die Voraussetzungen für die beschleunigte Lösung der Frage schaffen und ernsthaft dazu beitragen will, dem Reich in seiner Finanznot zu helfen.

## Reinsozialistische Regierung in Thüringen.

Wie nach der hier mitgeteilten Stellungnahme der Kommunisten zu erwarten war, ist in Thüringen eine reinsozialistische Regierung zustande gekommen, die aus Sozialdemokraten und Unabhängigen besteht und durch die zugelegte wohlwollende Haltung der Kommunisten über eine parlamentarische Mehrheit von zwei Mandaten verfügt.

Justizminister und gleichzeitig Ministerpräsident ist Freiherr von Brandenstein, der neuerdings zur Sozialdemokratie übergetreten ist, Wirtschaftsminister wurde Frölich (USP.), der dieses Portefeuille bereits innehatte, Finanzminister Hartmann (SPD.), Innenminister Hermann (USP.) Redakteur in Eisenach, das Kultusministerium soll der Unabhängige Lehrer Gratt in Gera erhalten. — Die bürgerlichen Parteien erhoben gegen dies Ministerium lebhaften Protest, da sie auf eine Mittelkoalition spekuliert hatten.

## Münchens neuer Polizeipräsident.

München, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zum Polizeipräsidenten von München ist der Ministerialrat im Handelsministerium, Kory, ernannt worden. Der neue Polizeipräsident stammt aus der Pfalz. Er hat die übliche Beamtenkarriere durchgemacht, wurde 1918 in das Ministerium des Kaufmanns berufen und trat mit Errichtung des Handelsministeriums in dieses über. Seit dem Kapp-Putsch im März 1920 war er von der Staatsregierung als Staatskommissar für Nordbayern angestellt. Im August 1920 war er mit der Stelle eines Entwaffnungskommissars beauftragt. Zurzeit bekleidet er den Posten eines Staatskommissars für das Hilfswerk für Oppau.

Als Staatskommissar für Nordbayern hat sich Kory zum mindesten bedeutend geschickter gegenüber den Wünschen der fränkischen Arbeiterschaft benommen als sein Nachfolger. Als Entwaffnungskommissar hat er das geübt, was unter den damaligen verfahrenen Verhältnissen überhaupt möglich war. Kory tritt unter schwierigen Umständen sein Amt an. Er wird den schlimmsten Kugiasfall auszuräumen haben, der je in Form einer staatlichen Institution eines modernen Kulturstaats bestanden hat. Die Münchener Arbeiterschaft verlangt von dem neuen Mann, daß er das durch Pöhner schwer geschädigte Ansehen der Münchener Polizei wieder herstellt.

München, 7. Oktober. (TU.) Die Verbreitungserbote für eine Reihe von Zeitungen sind aufgehoben worden. Es handelt sich um die Verbreitungserbote für die „Freiheit“, die „Rote Fahne“, die „Rote Gewerkschaftsinternationale“ und den „Kommunistischen Gewerkschaftler“.

## Dr. Heims Weingeschäfte.

Die Einkaufszentrale bayerischer Kolonialwarenhandlender hat in einem Rundschreiben vom 9. Juli bekanntgegeben, daß sie durch Vermittlung des Herrn Geheimerat Dr. Heim und des Herrn Schmittbauer in nächster Zeit Südtiroler Weine hereinbekommen werde. Nun sind seit dem 31. März d. J. alle Kontingente gesperrt, und nur das rollende Material und einzelne Mengen sind bis zum 31. Mai d. J. freigegeben worden. Mit Recht fragt daher eine sozialdemokratische kleine Anfrage die Reichsregierung, auf welchem Wege es den Herren Dr. Heim und Schmittbauer möglich war, im Juli die Einfuhr von Südtiroler Wein zu vermitteln.

Wieder eine Selbstbeziehung. Aus Düsseldorf meldet W.F.: In der vergangenen Nacht wurde in einem Kaffeehaus der Kaufmann Max Müller aus Stettin von der Polizei verhaftet, weil er einem dort anwesenden Wachtmeister erklärt hat, der Wöberer Erzberger zu sein. Die Polizei hat ihn in Haft genommen, steht aber seinen Angaben sehr skeptisch gegenüber.

Auf der Bräufelers Hilfskonferenz waren alle Teilnehmer einstimmig der Meinung, daß von irgendeiner Einmischung in die innere russische Politik keine Rede sein könne. Dann prägte die Konferenz die „Frage“, ob die Anerkennung der von früheren russischen Regierungen kontrahierten Schulden eine Vorbedingung für die Bewilligung von Krediten sein müsse.

## Schulgemeinschaften.

Von Erich Witte.

Die Entwicklung der Industrie führt dazu, daß die Zahl der Betriebe sich vermindert, da die meisten kleinen allmählich wegen Konkurrenzunfähigkeit eingehen und die großen, die Hunderte von Arbeitern beschäftigen, Riesenbetriebe werden, die ihre Arbeiter nach Tausenden zählen. Kautsky sagt mit Recht, „daß die Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise dahin geht, die Produktionsmittel in immer weniger Hände zu vereinigen“. Einer der Gründe dafür ist der, daß die Großbetriebe verhältnismäßig billiger und leistungsfähiger sind. Diese Tendenz zeigt sich auch bei der Entwicklung des öffentlichen Unterrichtswezens.

Hier zeigen sich aber nur die Vorteile, da die Ausbeutung der Lehrpersonen wegfällt. Daß eine Berliner Schule, in der die Schüler nach ihrem Alter in besonderen Klassen unterrichtet werden, einer Volksschule, in der ein einziger Lehrer die sechsjährigen und die vierzehnjährigen Kinder zugleich unterrichtet, weit überlegen ist, wird niemand bestreiten. Eine Schule mit 600 Schülern ist billiger als zwei, die von je 300 weit billiger als sechs, die von je 100, und besonders als zwölf, die von je 50 Schülern besucht werden. Trens sagte auf der Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins in Stuttgart mit Recht: „Es gibt keine heillosere Verschwendung von Mitteln auf dem Gebiete des Schulwesens als eine Auflösung der großen Schulkörper in lauter kleine Splitter und Scherben.“

Daher bedeutet der Entwurf zum zweiten Reichsschulgesetz, in dem der Weg zu den kleinen konfessionellen Sonderschulen freigemacht wird, einen gewaltigen Rückschritt.

Aber ähnlich wie bei der Industrie zeigt sich bereits die Tendenz, mehrere bestehende größere Schulen zu einem Schulkörper zu vereinigen. Von den Berliner Volksschulen liegen meist zwei oder drei nebeneinander und haben eine Turnhalle, einen Hof und noch manche anderen Einrichtungen gemeinsam, die natürlich so besser oder billiger sind, als wenn sie für jede Schule besonders eingerichtet werden müßten. Der Reutlinger Lehrer Hegn hat eine Gartenarbeitschule ins Leben gerufen. Darin werden die Schüler und Schülerinnen der oberen Klassen der in der Nähe gelegenen Volksschulen zwei Tage in der Woche unterrichtet. An den übrigen vier Tagen haben sie Unterricht in ihrem Schulgebäude. An den höheren Schulen der bisherigen Stadt Berlin sind Unterrichtskurse für freiwilligen Unterricht im Spanischen, im Russischen und im Polnischen eingerichtet worden. In ihnen werden Schüler verschiedener Schulen gemeinsam unterrichtet, da es sich nicht lohnt, solche für jede Schule besonders zu veranstalten.

Der Oberstadtschulrat Paulsen hat daher in seinem bekannten Aufruf an die Lehrer, die Eltern und die älteren Schüler und Schülerinnen gefordert: „So viele Schulen, wie nötig sind, um die

verschiedenen Begabungen und Neigungen zu entwickeln, sie bis an die Hochschulen, Kunst- und Fachschulen hinauszuführen, bilden eine Schuleinheit, die Schulen-Gemeinschaft.“ In diesem Sinne hat er bereits in Hamburg im Dezember 1920 den Vorschlag gemacht, verschiedene Volksschulen so zusammenzuschließen, daß die Schüler im neunten Schuljahre auf einer gemeinsamen Oberstufe vereinigt werden, da nur dann den verschiedenen Begabungen und Neigungen eine Bildungsmöglichkeit geboten werden könne.

Zwei Tänzerinnen. Das Interesse für die künstlerische Ausdrucksform des Tanzes, das sich in den letzten Jahren so plötzlich entzündet, scheint nicht nachzulassen. Jede Woche tauchen neue Tänzerinnen auf, oder werden bereits erprobte um neue Gunst. Und doch haben die meisten keinerlei Anrecht auf öffentliches Auftreten, es müßte denn der Besitz oder auch die Abwesenheit von wohlgerundeten Beinen und sonstigen Nöckigkeiten dazu legitimieren. Aus der großen Schaar derer, die den Mangel an Berufung durch Rosigkeit oder für die Gesundheit sich förderliche Gymnastik ersetzen, ragen allein zwei Namen hervor. Ihre Trägerinnen stellen die größten Gegensätze dar, die eine ist voller herber Eigenart, sucht neue Wege, ist ganz auf sich gestellt, die andere ist die hochbegabte Repräsentantin einer (bereits für erledigt gehaltenen) alten Schule, die sie so blendend und mit sozial persönlicher Charme erneuert, daß „ganz Berlin“ schwärmt, als ob die Fanny Schler wieder erschienen wäre.

Mary Wigman ist die geforene Tänzerin, alles an ihr ist auf Bewegung, auf Körperdarstellung eingestellt. Sie ist die Expressivistin des Tanzes, die nur ein Gebot kennt, Charakteristisch auszudrücken, was sie tänzerisch erfüllt, den inneren Rhythmus, die religiöse Ekstase, die Erregtheit des Perimitiven. Sie will dem Tanz sein Eigenrecht sichern und tanzt auch ohne Musik oder nimmt nur Reperinstrumente zu rhythmisierender Begleitung. Sie ist die Hochpriesterin eines Neuen, das kräftes aus den Anfängen der Menschheit erneuert will. Besonders wertvoll, wie sie ihren Körper meistert, jedes Glied tanzt bei ihr mit. Die „Weibe“ (ohne Musik) zeigt den Höhepunkt ihrer Begabung, die nichts mit konventioneller Schönheit oder Groß zu tun hat.

Wie ganz anders wirkt die Karolina. Sie enthält, bezaubert, bezaubert! Und doch ist sie eine Reaktionsarin des Tanzes. Sie tanzt noch immer die hohe Schule des Spitzentanzes, die sie an seiner letzten klassischen Stätte, in Petersburg, gelernt hat und auch in allem Modernen beibehält. Im Prinzip ist das alte Ballett erledigt, aber wenn eine Künstlerin von solcher Begabung es abtut, so liegt sie mit ihm (dank der technischen Balladung, die es verleiht) und trotz ihm. Mozart ist in ihr bewegte Körperlichkeit geworden. Was in seiner „Nachtmusik“ ein Grazie und Entzücken weckt, wird in ihr fürs Auge lebendig. Man müßte die Schwärmerinnen und die bitterreichen Bergische orientalistischer April (von der Gazette bis zum Schmettersing) erneuert, um sie zu schildern. Und ihr Zauber läßt sich doch nicht in Worte fassen. Leider konnte man in der Philharmonie, wo sie das zweitemal auftrat, fast nur ihren Oberkörper sehen, aber das unergiebliche Tanzspiel ihrer Arme ließ beinahe vergessen, daß zum Tanzen Beine gehören. (Eine Zwischenfrage: Wann wird in Berlin — ganz abgesehen von der hier für

ganz unmöglichen Philharmonie — eine Tanzbühne entstehen, die die abschaulich hergerichteten Konzertsäle ersetzt?)

Die Karolina hat bis 1918 in Petersburg getanzt, wo auch unterm Bolschewismus die alte Balletkunst nicht ausgefallen ist — trotz Protesten u. a. Ist es nicht merkwürdig, daß in demselben Russland, das die Fieber radikalster Umgestaltung durchmacht, sich die vollendetste Tradition aristokratischer Langkultur erhält? —

Schadenersatzpflicht des Kritikers? Der Theaterkritiker Herbert Jhering hatte die Schauspieler Dr. Czempin und Erich Otto, die die letzten Tarifkämpfe des Berliner Bezirksverbandes der Bühnengenossenschaft führten, in einer Weise angegriffen, daß diese nicht nur wegen Verleumdung, sondern auch auf Unterbrechung und Schadenersatz klagten. Die Klage war, wie „Der Neue Weg“ mitteilt, teilweise von Erfolg gekrönt. Das Landgericht Berlin I gab dem Antrag auf Schadenersatz statt, da zwar dem Theaterkritiker erlaubt sei, künstlerische Leistungen zu beurteilen und Mißstände im Theaterleben aufzudecken, daß es dabei aber auf die Wahl der gebrauchten Ausdrücke ankomme. Der Kläger hat Berufung beim Kammergericht eingelegt.

Bestrafte Rembrandt-Schieber. Kunstwerke, die für national wertvoll erklärt und registriert sind, dürfen nicht ausgeführt werden. Die Witwe des Freiherrn Wälderich von Keiteler auf Schwarzenraben bei Pippstadt und der Rentmeister Heinrich Schloffenhölzel, die im letzten Sommer eine Wollbandschiff von Rembrandt ohne Genehmigung ausgeführt hatten, wurden von der Paderborner Strafkammer zu 600 000 M. und 20 000 M. Geldstrafe verurteilt. Das Bild wurde nach Deutschland zurückgebracht. (Sollte nicht gegen den einflussigen Großherzog von Oldenburg, der ebenso wertvolle Bilder nach Holland verschleppt hat, ähnlich vorgegangen werden können?)

Die Nationalgalerie hat ein Damenbildnis von Rudolf Leunberger erworben. Das 1875 entstandene Werk, das jetzt neben den neuerworbenen Bildern von Steiffen, Heibel, Raftentzen Platz fand, zeigt den Poler der einst in vielen guten Studien Deutschlands in Reproduktionen verbreiteten „Jagd nach dem Glücke“ von einer sehr vorzuziehenden Seite.

Ernst Friedrich bricht antimilitaristische und revolutionäre Dichtungen am Sonntag, den 9. abends 9 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstr. 47-49. Karten in der Kommissär-Buchhandlung.

Die militärischen Dolmetscher. Wie die „Dona“ erzählt, hat Argentinien Oesterreich seine Amerikaner entgeltlich aufgegeben. Seine ehemaligen Freunde haben eine Aufnahmungskommission in Amerika bekommen, die offenbar dem Verständnis für seine Wandlungsfähigkeit nicht zurücklich sein will.

Abgelehntes „Reigen“-Verbot. Das hannoversche Polizeipräsidium hat auf die von H. Verbanen ergrungenen Gründe, die Weiterausführung von „Reigen“ im dortigen Reigen-Theater zu verbieten, einen abschlägigen Bescheid gegeben, da es nach Lage der gesetzlichen Bestimmungen nicht zulässig sei, dieses Verbot auszusprechen.

Die russischen Theater werden verpackt. Auf einer kommunistischen Konferenz in Petersburg kündigte der Kommunist Kuzmin die bevorstehende Herrschaft der Sowjetunion an. Er kündigte die Verstaatlichung der Theater an. Nur je zwei bis drei Theater in Moskau und Petersburg sollen weiterhin auf Staatsmitteln unterhalten werden. Kuzmin begründete diese Maßnahme damit, daß das Theaterwesen während eines Jahres 34 Millionen Rubel verlor. (Sollte das deutsche Volkstheaterprinzip hier nicht den richtigen Ausweg bieten?)



# Die Oppauer Untersuchung.

Ludwigshafen, 7. Oktober. (Mit.) Der vom Bayerischen Landtag am 21. September d. J. eingesetzte Ausschuss zur Untersuchung des Oppauer Unglücks setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Regierungsgewerbetrat und Dipl.-Ing. Bertram als Vorsitzender, Gewerbeamtmann Dipl.-Ing. Baumann, Gausleiter Rohm, Gausleiter Schreiber als Beisitzer. Der Ausschuss soll mit dem Reichstagsausschuss zusammenarbeiten.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Feststellung der Ursache der Explosionskatastrophe in Oppau hat gestern nachmittag über das Explosionsunglück sich geäußert. Die Behauptung des Abg. Kemmele, es würden immer noch Sprengungen vorgenommen, wurde widerlegt. Die unversehrt gebliebenen 7000 Tonnen Ammoniaksalzfaltpeter sind jetzt durch einen Stacheldraht eingezäunt. Täglich werden dort Temperaturmessungen vorgenommen, die indessen bisher noch keine Temperaturerhöhung ergeben haben. Sollte eine solche eintreten, so wird der ganze Vorrat unter Wasser gesetzt. Wie mitgeteilt wurde, soll bei dem Abtransport des Produkts nicht mehr das Sprengverfahren, sondern das Verfahren des Abhauens angewendet werden. Die Ausdehnung des viel erwähnten Explosionsstrichs wird mit

96 Meter Breite, 165 Meter Länge und 18,5 Meter Tiefe angegeben. Von den statistischen Angaben interessiert die Feststellung, daß im ganzen

### 800 Neubauten nötig

seien und 192 Häuser völlig eingestürzt sind. Von den Bewohnern des Ortes sind, ausschließlich der Kinder, 1000 Personen auswärts untergebracht. Bis jetzt hat das Bürgermilitär zur Unterstützung der Familien und zur Hebung der Reparaturen 420 000 M. erhalten.

In der heutigen Vormittagsitzung des Untersuchungsausschusses beschäftigte man sich zunächst mit der Herstellung und der chemischen Zusammensetzung des Explosionsfabrikats. Prof. Dr. Bofsch berichtete über die Versuche und Arbeiten, die man im Laufe der Jahre mit dem Ammoniaksalzfaltpeter vorgenommen hat. Er erwähnte u. a., daß während des Krieges einmal

### eine Fliegerbombe

mit einer Säureladung in das Ammoniaksalzfaltpeterlager ging, ohne daß jedoch irgendwelche explosive Eigenschaften des Fabrikats hervorgetreten wären. Die Direktion legte auf eine Anfrage des Abg. Hoffmann-Ludwigshafen dar, daß die unteren Schichten keine andere Temperatur als die oberen Schichten des Salpeters gehabt haben können. Auf die Frage des Abg. Hoffmann, ob im Kern der aufgestapelten Masse eine Zersetzung vor sich gehen konnte, antwortete Direktor Gauß, daß das vollständig ausgeschlossen sei. Sprühgehlte Wagener erklärte, daß in dem Explosivstoff 110 zum erstenmal nach Einführung des Sprühverfahrens gespritzt worden sei. Aber in einem anderen Bau Nr. 112 habe man schon länger mit dem Sprühverfahren gearbeitet, ohne daß irgend etwas Auffällendes beobachtet wurde. Arbeiterrat Kalkschuß meinte hierzu, zwischen dem Bau 110 und dem Bau 112 bestehe aber der Unterschied, daß in dem ersteren das Material sofort eingespritzt wurde, in dem letzteren dagegen die Masse auf einer Förderbahn eingeführt wurde. Durch den Transport des Ammoniaksalzfaltpeters könne eine

### verschiedenartige Beschaffenheit

der Salpeterkategorie sehr wohl stattfinden. Im Bau 112 wurde die Masse, nachdem sie in Förderwagen geschauvelt wurde, auf diesem noch etwa 100 Meter weit gefördert. Prof. Bofsch beantwortete die Wahrnehmung erhöhter Temperatur in den Silos dahin, es sei zweifellos damit in Zusammenhang zu bringen, daß bei dem Sprühverfahren die Luft in den Silos feucht gewesen sei. Die Arbeitervertreter betonten noch folgendes: Viele Arbeiter mußten während der Arbeit wegen der außerordentlich starken Gasentwicklung zum Vorarbeiter hinausgeschickt werden, weil sie Schwächeanfalle erlitten hatten.

# Der Fall Nicolai.

Von der Deutschen Friedensgesellschaft geht uns eine Resolution mit der Bitte um Veröffentlichung zu, aus der wir folgendes hervorheben:

Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft verlangt erneut und wiederholt, daß der Fall Nicolai geklärt wird, und daß die Frage, wer gelogen hat, der Senat der Universität Berlin oder Professor Nicolai, unmissverständlich beantwortet wird.

Sie weist ferner darauf hin, daß diejenigen Studenten, welche eine Klärung der schweren, gegen die Mitglieder des früheren Senats von Professor Nicolai erhobenen Vorwürfe verlangten, seitens der akademischen Behörde mit einem Disziplinarverfahren bedroht worden sind. Sie erklärt, daß sie hierin eine schwere Beeinträchtigung der akademischen Würde erblickt. Sie steht darin aber auch eine schwere Ungerechtigkeit im Hinblick darauf, daß die nationalsozialistischen Studenten, welche Nicolais Vorlesungen gestört haben, völlig strafflos geblieben sind.

# Drohender Streik in der Metallindustrie.

## Wsa-Funktionäre und Schiedsgericht.

Einer imposanten Versammlung der Wsa-Funktionäre der Metallindustrie am Freitagabend in der Braubrauerei berichtete Fritz Schmidt (ZdV.) über den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums und stellte fest, daß das Schiedsgericht im wesentlichen den Richtlinien der Arbeitgeber und nicht denen der Arbeitnehmer, ganz gleich welcher Richtung, gefolgt ist. Wohl bringt er eine Erhöhung der Bezüge der Jugendlichen, aber die von den Angestellten wegen ihrer Wirkung versprochenen sogenannten sozialen Zulagen und nicht die gewünschte Erhöhung der Grundlöhne, sondern eine Gehaltserhöhung in der Form der Erhöhung der Teuerungszuschläge, die bei den Angestellten von 110 auf 150, bei den Jugendlichen von 90 auf 130 Proz., bei den Frauen- und Kinderzulagen von 100 auf 125 M. erhöht werden. Dieses Resultat, das in gar keinem Verhältnis zu den Forderungen der Wsa steht, kann die Metallarbeitskommission der Wsa laut einstimmigem Beschluß nicht zur Annahme empfehlen. Wenn die Arbeitgeber binnen einer kurzen Frist nicht zu Verhandlung auf Grund der Forderungen bereit sind, bedeutet es den Streikfall. Der Redner weist nicht darauf, daß sich dann auch die Mitglieder der Gewerkschaftsbünde auf Seiten der Wsa-Kollegen stellen werden.

Die sehr lebhaft diskutierte

### vollständige Einheitsfront

von kaufmännischen Angestellten, Werkmeistern und Technikern gegen den Schiedspruch und für den Kampf. Das Stimmungsbild, das sämtliche Diskussionsredner entrollten, darunter die der großen Konzerns, ließ erkennen, daß es in wenigen Tagen voraussichtlich zu einem großen Streik kommt, wenn nicht der Verband Berliner Metallindustrieller im letzten Moment einlenkt. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, die den Schiedspruch ablehnt, weil er in allen Teilen ungenügend ist und in keinem Punkte den Forderungen entspricht. Der Verband Berliner Metallindustrieller muß zur kurzfristigen Klärung darüber aufgefordert werden, ob er gewillt ist, in letzter Stunde auf der Grundlage der Wsa-

Forderungen zu verhandeln. Die Wsa-Funktionäre und Mitglieder werden in einer Abgabe des WSA ohne weiteres eine Kampfansage setzen und hieraus die Konsequenzen ziehen müssen.

### Abstimmung

über die Frage des Streiks findet in den Betrieben Sonnabend, Montag und Dienstag statt. Spätestens bis Dienstagmittag 4 Uhr müssen die Abstimmungsresultate im Besitz der Wsa sein.

Das Ultimatum an die Arbeitgeber wurde bis Dienstagmittag 12 Uhr befristet.

Es kommen bei der Bewegung 45 000 bis 50 000 Angestellte in Frage.

# Die Streikbewegung.

Höchst, 7. Oktober. (WZB.) Eine heute vormittag vorgenommene Abstimmung der Arbeiterschaft über die Vereinbarungen der Gewerkschaftsvertreter mit dem Arbeitgeberverband in der chemischen Industrie hat in Höchst nicht zu einem bestimmten Resultate geführt, da verschiedene wichtige Bestimmungen unter Störungen zu leiden hatten.

In Kesselbach haben sich 64 Arbeiter für Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen, 682 dagegen.

Die Stadterordnetenversammlung in Höchst bewilligte einstimmig weitere 250 000 M. für Unterstützung der Ausgeperrten.

Hamburg, 7. Oktober. (WZB.) Das Druckerpersonal der Hensburger bürgerlichen Zeitungen ist in den Ausstand getreten. Die betroffenen Blätter geben ein gemeinsames Nachrichtenblatt heraus.

# Valutahilfe für Deutschland.

London, 7. Oktober. (WZB.) Reuter meldet aus New York: Auf einem Bestmahl des amerikanischen Verbandes der Exportfabrikanten hielt der bekannte Urheber des deutsch-amerikanischen Hilfswerks, Handelssekretär Hoover, eine Rede, in der er sagte, die amerikanische Industrie befinde sich im ersten Vorstadium ihrer Erholung, da die Zeit leichter Kredite eingetreten sei. Doch betonte Hoover, die Vereinigten Staaten hätten noch einen weiten Weg zurückzulegen, um zur wirtschaftlichen Befestigung zu gelangen; aber sie befänden sich bestimmt auf diesem Wege. Die zerstörende Wirkung der wilden Schwankungen ausländischer Valuten sei das größte Hemmnis des amerikanischen Außenhandels, solange nicht eine gewisse Stabilität zu erreichen sei, bestände wenig Hoffnung, daß der Außenhandel Amerikas oder irgendeines anderen Landes wieder normal werde.

Hoover bemerkte weiter, es sollte der menschlichen Intelligenz doch nicht zu schwer sein, eine Lösung der Frage zu finden und eine Befestigung der deutschen Mark herbeizuführen. Eine Regelung dieser Frage müsse zuerst stattfinden, wenn man Stabilität in irgendeinem anderen europäischen Lande sehen wolle.

# Deutschland und Polen.

Die T. L. meldet: Bei der Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens bezeichnete der neue polnische Gesandte Dr. Madefski es als seine vornehmste Aufgabe, die richtigen Wege zu suchen, um die für zwei Nachbarn wie Deutschland und Polen notwendigen korrekten Beziehungen zu schaffen. Heute komme es auf die loyale Mitarbeit aller zivilisierten Staaten an, um die Weltfriede zu befestigen und eine allgemeine wirtschaftliche Erstarung herbeizuführen. Obgleich Polen selbst erst die Fundamente seines politischen Lebens erlaube, sei es im Vertrauen auf seine Zukunft und im Bewußtsein seiner Mission jederszeit bereit, an dem gemeinschaftlichen Werke mitzuarbeiten. Der Gesandte gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Bestreben seiner Regierung im Interesse beider Länder Verständnis finden werde. — In seiner Antwort sprach Reichspräsident Ebert den Wunsch aus, daß die Tätigkeit des neuen Gesandten in den von ihm gekennzeichneten Wegen erfolgreich sein möge und versicherte, daß er in seinem Bestreben stets das volle Verständnis und die Unterstützung der deutschen Regierung finden werde. Auch von deutscher Seite werde alles geschehen, um zwischen Deutschland und Polen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung ein gutes Einvernehmen zu erhalten, wie es für zwei Nachbarn unerlässlich sei. Darauf drückte der Präsident dem Gesandten seine Teilnahme anlässlich des Attentats auf den Staatspräsidenten Pilsudski aus.

# Neuerungen Madefskis.

Einem Ostpreußen-Vertreter erwiderte der polnische Gesandte auf die Frage nach der gegenwärtigen Stellungnahme Polens zum oberschlesischen Problem,

im heutigem Stadium der Dinge liege die Entscheidung beim Obersten Rat. Deutschland und Polen müßten den Ausgang der Ereignisse abwarten. Nach den Mitteilungen, die er habe, werde die Frage bald entschieden werden, und es liege ja im beiderseitigen Interesse Deutschlands und Polens, endlich eine feste Grenze zu haben.

Auf die Frage, ob Polen die Entscheidung des Obersten Rats als endgültig anerkennen werde, wie sie auch ausfallen möge, meinte der Gesandte, eine Beantwortung dieser Frage gehöre nicht zu seinen Kompetenzen. Die Tatsache aber, daß der erste polnische Gesandte kurz vor der Entscheidung über Oberschlesien nach Deutschland entsandt worden sei, könne Veranlassung zu der Annahme geben, daß man vor einer endgültigen Lösung der Frage stehe.

# Karl adelt.

Wien, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrates weist in einer Anfrage darauf hin, daß Karl Habsburger einer Reihe zahlungsfähiger Kriegsgewinner den „erblichen österreichischen Freiherrntum“ verliehen hat, so z. B. einem Herrn Wilhelm Beck, der an Uniformlieferungen reichlich verdient hat und dessen jüdische Konfession die Verleihung des Freiherrntums nicht gebindert hat. Die Anfrage betont, daß diese Auszeichnungen offenbar den Zweck haben, Gelder für die Habsburger Propaganda gegen die Republik zu erlangen.

Eine besondere Unverschämtheit leistete sich Karlchen letzthin, indem er seinen Leibredakteurjournalisten, einen Hauptmann Weikmann, zum Adlen von Hohensalzburg ernannte. Welche Frechheit liegt doch darin, daß der letzte Habsburger österreichischen Adels verleiht — während doch die Republik Deutschösterreich den Adel abgeschafft hat?

# Immunität und KPD.

Am Preussischen Landtag wurden am Freitag zunächst keine Anträge erledigt.

Abg. Müller-Hannover (Soz.) beklagt, daß zur Teuerungskassik an vielen Orten die Arbeiter und Angestellten nicht mit herangezogen worden sind und wünscht das gleiche Recht für die Beamten. — Die Regierung teilt mit, daß die Durchführung der Bestimmungen über die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten geprüft werde. Zur Befestigung der Beamten war nicht beabsichtigt, ihre Beteiligung ist in einem neuen Rundschreiben des Präsidenten des Statistischen Amtes empfohlen worden. Die Behörden sind auf die Beachtung der einschlägigen Bestimmungen hingewiesen worden. — Auf eine Beschwerde des Abg. Hartwig (Soz.) über die Beteiligung des Provinzialkollegiums und der Landwirtschaftskammer in Stettin an einer

## monarchistischen Stagerat-Felder

des Nationalen Jugendrings“ erwidert die Regierung, das Provinzialkollegium sei nicht offiziell vertreten gewesen, nur habe eines seiner Mitglieder als Privatperson teilgenommen. (Lachen b. d. Soz.) Die Landwirtschaftskammer erklärt, sie habe nach der Einladung nicht annehmen können, daß eine Demonstration gegen die Republik geplant sei (Hört, hört links), eine solche hat in der Rücksicht nach auch nicht stattgefunden. In den schwarzweißen Fahnen habe sie keine Demonstration erblickt. (Lachen links.) Die Regierung sieht sich hiernach nicht zum Einschreiten veranlaßt. (Unruhe links.)

Es folgt der kommunistische Antrag auf Unterstützung der in

## Oppau

Beschädigten.

Abg. Gelske (Komm.): Ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Arbeiter unternehmen die Gemischen Betriebe Reparaturarbeiten. Die Disenden von durchschnittlich 20 Proz. genügen noch nicht. Statt 48 Stunden in der Woche, wird in der chemischen Industrie 80 bis 90 Stunden gearbeitet. Am Leunowert überlastet man Maschinen und spannt sie bis über 1000 Atmosphären hinauf. Nach der Betriebsart von seinen Rechten Gebrauch, so wird er von den Unternehmungen an die Luft gesetzt. Die Unterstützung für Oppau kann man bequem durch Kürzung der 210 Millionen für die Schupo gewinnen.

Ein Antrag der Sozialdemokraten, Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei will für die Opfer in Oppau 6 Millionen

bewilligen, die von der Regierung im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung verteilt werden sollen.

Abg. Oesterloh (Soz.): Wie sind zu jeder Hilfsleistung bereit. Unsere Gewerkschaftler haben in selbstverleugendem Kampfe um die Sicherheit der Arbeiter immer ihre Pflicht getan. Zu dem Oppauer Unglück ist von uns

## in dem allein zuständigen Reichstage

schon das Nötige gesagt worden. Infolge der Katastrophen in Mont-Cenis und Ähnlicher ist jetzt von uns mehr erreicht worden, als früher in 10 Jahren. Auch in Preußen wird man für die Arbeiterschutzeinrichtung die nötigen Folgen ziehen müssen. Wenn man es vernünftig ansieht, werden wir für die Arbeiterschaft mehr herausholen, als es durch Worte geschehen kann, wie wir sie eben gehört haben. (Beif. richtig! b. d. Soz.)

Abg. Mehenhin (D. Sp.): In Oppau wird nicht derselbe Stoff hergestellt, bei dem in Oppau die Katastrophe eingetreten ist.

Beide Anträge werden dem Hauptausschuß überwiesen.

Der Geschäftsordnungsausschuß beantragt, die Streifenlösung des Abg. Kunze (KPD.) wegen Aufforderung zu hochoverächtlichen Unternehmungen zu genehmigen.

Abg. Gersmann (Soz.): Die Lebung, daß verantwortliche KPD.-Redakteure durch die Immunität gedeckt werden, darf nicht eintreten. Aber es handelt sich hier doch bei den intrinsierten Artikeln um ein politisches Verbrechen und das reicht nicht aus, die Immunität aufzuheben. Kunze hat nicht aktiv am Hochverrat mitgewirkt und sein gemeinsames Verbrechen begangen. Bei unserem Beschluß darf politische Gegnerschaft keine Rolle spielen. Wir bitten, den Ausschuh Antrag abzulehnen. Wir müssen auch fürchten, daß Kunze bei der gegenwärtigen Justiz keine gerechten Richter finden würde.

Abg. Schulz-Kruskalla (Komm.): Ein erheblicher Teil der unter

Anfrage gestellten Artikel ist gar nicht von Kunze verantwortlich gezeichnet. (Hört, hört links.) Der Ausschuss leistet dem Justizminister Staatsanwalt Eitelbinger Zuhälter- und Hehlerdienste. (Ordnungsruf.) Der Oberpräsident forderte vom Staatsanwalt „rasche und nachdrückliche Bestrafung“. Wird dieser famose Eitelbinger in die Wüste gejagt, dann gehört dieser freche Oberpräsident hinterdrein. (Der Präsident bittet, sich zu mahnen.) Von den Rechtsparteien wird fortgesetzt Hochverrat geübt. So sehr wir das Parlament verachten, können wir doch diesen Klänge nicht unter sich lassen.

Abg. Berger (Z.) bittet zur Nachprüfung um Rückverweisung an den Ausschuss.

Abg. Leib (L. Soz.): Es handelt sich zweifellos um ein politisches Verbrechen. Leider wird aber die Immunität immer nur für die Unke aufgehoben. Wir stimmen gegen den Ausschuh Antrag.

Abg. Siering (Soz.): Der Ausschuss hat keinesfalls fahrlässig gehandelt. Die heutigen Einwendungen haben die Kommunisten im Ausschuss nicht erhoben. Trotzdem bin ich für nochmalige Prüfung. Die Sache wird an den Ausschuss zurückverwiesen. Die Genehmigung zur Streifenlösung des Abg. Ziegler-Breslau (Kommunist) wegen Beleidigung wird abgelehnt. — Der Geschäftsordnungsausschuß beantragt ferner, den Abg. Ziegler wegen Aufforderung zum Hochverrat verfolgen zu lassen.

Abg. Siering (Soz.): Ich beantrage Uebereweisung an den Ausschuss auf Grund eines Schreibens des Abg. Ziegler an mich, in dem er behauptet, sein Name sei zu Unrecht unter die angeführten Artikel gesetzt worden, er habe sie niemals unterzeichnet und habe ihnen gänzlich fern.

Abg. Dr. Mener (Komm.): Die Staatsanwaltschaft stellt solche Anträge ohne sachliche Unterlagen.

Abg. Dr. Cleofnecht (L. Soz.): Wir müssen das Beweismaterial der Breslauer Polizei haben. Wenn es nach der Staatsanwaltschaft geht, muß man überhaupt die ganze oppositionelle Presse verbieten. Der Antrag geht an den Ausschuss zurück. Die strafrechtliche Verfolgung des Abg. Schneider (Komm.) wegen Aufforderung wird abgelehnt. — Es folgt die Besprechung der großen deutsch-monarchistischen Anfrage über

## die Lehrkräfte an einstufigen Volksschulen.

In Verbindung mit ihr die Anträge über Trennung des Vermögens vereiniger Kirchen- und Schulstellen, Aufhebung der Kantoren und Organisten sowie Befreiung von dem niederen Rüstendienst.

Abg. Simon-Neufuß (Soz.): Die Gruppenbesetzung ruft eine allgemeine Sucht der Beamten hervor, in höhere Beförderungsgruppen eingereiht zu werden. (Der Redner läßt Beispiele dafür an.) Sie (nach rechts) schwärmen doch so sehr für eine Schulreform! Aber es ist ihnen gar nicht damit Ernst. Wenn wenn ein Mann wie Paulsen, der die Gemeinschaftsschule propagiert, mit seinen Vätern an die Öffentlichkeit tritt, so stellt man ihn als einen lebenden Theoretiker hin, der von der Praxis keine Ahnung habe. Das Ausführgesetz zum Beförderungsgesetz ist sehr unvollkommen. Man hätte das Existenzminimum als Grundlage nehmen müssen. Wir erkennen an, daß die Teuerung auf dem Lande die gleiche wie in den Städten ist und daß eine Verminderung der Ortsklassen von 5 auf 3 eintreten muß. Dem Antrag betreffend Befreiung der Lehrer von den niederen Rüstendiensten stimmen wir zu. Immer noch werden Landlehrer, die nicht der deutsch-monarchistischen Partei angehören, wirtschaftlich und gesellschaftlich benachteiligt. Das ist der Hauptgrund, weshalb die Landlehrer nicht schloß werden. Die Schulaufsicht gibt solchen Lehrern oft nicht die genügende Rückendeckung. (Der Redner schildert mehrere Fälle, in denen Landlehrer wegen ihrer politischen Überzeugung durch Ortsbesitzer und Ortsortsführer wirtschaftlich und gesellschaftlich schwer geschädigt worden sind.) Wir fordern, daß die

## Verwaltung demokratisiert

wird, damit in solchen Fällen rückwärtslos eingeschritten werden kann. Es muß ein wirklicher Nachmann aus der Lehrerschaft in die Abteilung für Kirchen- und Schulwesen eintreten. Die Lehrer haben auch nicht die Möglichkeit, sich dem Einfluß der Geistlichen durch die Niederlegung ihrer Kirchenämter zu entziehen. Es ist doch ein Skandal, daß heute ein Nebenamt nur mit Verlust des Hauptamtes niedergelegt werden kann. (Hört, hört!) Unser Ziel, die Erziehung zur Volksgemeinschaft, kann nur erreicht werden, wenn der Einfluß jener deutsch-monarchistischen Kreise gebrochen wird, die sich durch ihre Intoleranz und ihren Terror selbst außerhalb der Volksgemeinschaft stellen.

Die Anträge gehen an den Unterrichtsausschuß.

Dienstag 1 Uhr: Kleine Anfragen, Anträge zur Beamtenbesoldung, Rest von heute. Schluß 6 Uhr.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Entscheidung der Holzarbeiter.

Die streikenden Holzarbeiter hielten gestern in den „Kammern“ eine Versammlung ab, über deren Resultat wir bereits berichteten. Die Redner Freygang und Böse führten u. a. aus: Durch die Verhandlungen sollte eine Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Holzindustrie herbeigeführt werden. Der Spruch ist aber so gefasst worden, daß er wohl die Arbeitgeber befriedigen kann, aber nicht die Streikenden. Unsere grundsätzlichen Forderungen sind unberücksichtigt geblieben. Wir wollen aber den Reichsmanteltarif restlos für uns in Anspruch nehmen. Bei der Lohnfrage hat man sich entgegenkommender gezeigt. Wir würden gerne bereit sein, den Streik abzubrechen, können aber auf die für den Manteltarif gestellten Forderungen nicht verzichten.

Die Mitteilung, daß dem Streikfonds von den Hamburger Kollegen 10 000 M. und von den Schweizer (Zürcher) Kollegen 15 000 M. überwiesen worden sind mit dem Wunsche, in dem gerechten Kampfe auszuhalten, wurde stürmisch begrüßt. Eine Diskussion fand nicht statt.

Vom 11. bis 17. d. M. soll die Streikunterstützung um 50 M. erhöht werden und die Kinderzuschläge um das Dreifache. Ferner wurde bekannt gegeben, daß nach Hamburg 50, Rassel 10, Halberstadt 20 und Lippe 4 Kollegen verlangt werden. Meldungen bei der Streikleitung.

In einer einstimmig angenommenen Entschliessung bezeichnet die Versammlung das Verhalten des Schlichtungsausschusses als Provoaktion und lehnt den gefällten Schiedsspruch ab. Die Versammlung gelobt, „den Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln fortzusetzen, bis auch die Berliner Scharmacher den Reichsmantelvertrag anerkannt haben.“

## Versammlung der Gastwirtsangestellten.

Unter außerordentlich starker Beteiligung fand gestern eine Versammlung der streikenden Gastwirtsangestellten im Lustgarten statt. Nach Aufführung einiger Volkstänze durch ein Musikcorps von den mit den Gastwirtsangestellten fortellerten Musikern hielten Burde, Richter, Gottwald, Flierl und Böttcher längere Ansprachen, die bei der vielstündigen Zuhörerschaft stürmischen Beifall auslösten. Es wurde lebhaft darüber Klage geführt, daß in fast allen Großbetrieben eine polizeiliche Besetzung vorhanden sei und daß man in einigen auch Maschinengewehre bereit halte. Von einigen Beamten sei sogar Frauen gegenüber blank gezogen worden. Hiergegen und gegen die statgehabte Sittierung mehrerer Führer, welche im Begriff waren, die Betriebe zu kontrollieren, wurde Protest erhoben. Burde erklärte, daß er bei dem Polizeipräsidenten Beschwerde führen werde. Man habe ihn trotz vollständiger Ausweisung über seine Person 1 1/2 Stunden auf der Polizeiwache gehalten. Ein belgischer General von der Entente-Kommission habe erklärt, daß diese Kommission gar nicht daran denke, extra behandelt zu werden. Wenn in der Presse etwas anderes behauptet werde, so sei das falsch. Die Schreibweise der bürgerlichen Presse wurde einmütig verurteilt. Auf einigen Tafeln waren Namen der bezüglichen Zeitungen mit dem Zusatz „Lügenpresse“ verzeichnet.

Aus mehreren Städten lagen drahtliche Sympathiekundgebungen vor, die von den Versammelten freudig entgegengenommen wurden.

Vor Erzeilen und Spieken wurde von den Rednern nachdrücklich gewarnt. Mitgeteilt wurde auch, daß bereits 370 Betriebe die Forderungen unterschrieben anerkannt haben. Am Schluß der Versammlung wurden die Anwesenden aufgefordert, treu weiter zusammenzuhalten und sich nicht durch falsche Angaben der bürgerlichen Presse beirren zu lassen. Die Einigkeit werde zum Siege führen.

Die Streikleitung teilt mit: Beim Arbeitnehmerkartell der im Gastwirts-gewerbe vertretenen Organisationen laufen in wachsendem Umfange Erklärungen von Wirtschaftsinhabern ein, daß sie unter dem Druck der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände die Bewilligung der Forderungen zurückziehen und ihre Lokale schließen müßten, weil man ihnen behördliche (?) Schritten und private Nachteile in Aussicht gestellt hat. Die Wirtschaftsorganisationen sorgen also auf der einen Seite für eine Verringerung der geöffneten Schankstätten und auf der anderen Seite eröffnen sie sogenannte Notstandslokale, und der Herr Polizeipräsident leistet diesem widersinnigen Treiben Unterstützung, indem er diese Lokale unter starken polizeilichen Schutz stellt. Recht eigenartig ist auch, daß Lokale, wie die Weinstuben von Huth und Sohn, von Ritscher und Caspar, von Lück und von Ritscher, sowie das Bringe-Café und das Englische Café diesen Schutz genießen.

Wie von zuständigen Stelle verlautet, beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium nicht, in den Reinerstreik einzugreifen, es hat im Gegenteil dem Ministerium des Innern die Anregung

gegeben, sich mit dem Handelsministerium in Verbindung zu setzen, um ein gemeinsames Eingreifen des Oberpräsidenten als Demobilisationskommissar und des Polizeipräsidenten von Berlin zu veranlassen.

## Stellungnahme zum Hausgehilfengesetz.

In einer vom Zentralverband der Hausangestellten einberufenen öffentlichen Versammlung in den Spichernsälen nahmen am Donnerstag die Hausangestellten Stellung zu dem Regierungsentwurf des Hausgehilfengesetzes. In vorzüglicher Weise vertrat es die Rednerin, Frau Luise Köhler, den Anwesenden die Nachteile und Gefahren des jetzt vorliegenden Entwurfs für die Hausangestellten.

## Gewerkschafts- und Parteifunktionäre der Betriebe

Am Montag finden folgende Funktionärversammlungen, in denen Agitationsmaterial zur Stadterordnetenwahl für die Betriebe ausgegeben wird, statt:

Für alle beim Magistrat von Groß-Berlin beschäftigten Arbeiter und Angestellte. Musterstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, um 6 1/2 Uhr: „Unser Kampf um Berlin“, Referent: Hugo Heimann.

Graphische Industrie. Jugendfälle, Rosenthaler Str. 36, um 5 Uhr: „Die politische Situation nach Görlitz“, Referent: Kurt Heintz.

Metallindustrie. Urmineralien, Kommandantenstr. 58 59, um 7 Uhr: „Jena und die politische Situation“, Referent: Hugo Heintz; „Der Kampf um die Stadterordnetenmehrheit von Berlin“, Referent: Ramsbrock.

Textilindustrie. Englischer Garten, Alexanderstr. 27b, um 7 Uhr: „Die Entwicklung der Textilindustrie nach dem Kriege“, Referent: Runge.

Dienstag, abends 7 Uhr:

Holzindustrie. Musterstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31: „Die gegenwärtige Wirtschaftskrise“, Referent: Dammer. Unsere Partizipation in den Betrieben.

In diesen Versammlungen müssen alle Betriebe durch ihre Vertrauensleute oder Parteigenossen vertreten sein. Funktionärarten oder Mitgliedsbuch der Partei legitimiert.

Besch- und Reinmachefrauen vor Augen zu führen. Besonders für die letzteren ist große Gefahr vorhanden, daß der für sie geltende Mindestlohn in diesem Beruf gänzlich sanktioniert werden. Der ganze Entwurf bringt für die Arbeitnehmerinnen unseres Berufes so gut wie keine Verbesserungen. Arbeitsgemeinschaft, Stadtbüro usw. erlaubt man sich uns zu präsentieren, trotzdem die Regierung unser berechtigtes Mißtrauen gegen diese Dinge kennt. Die vorgeschlagene Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten entspricht in keiner Weise den Anforderungen. Wir verlangen, daß die Schlichtung von Streitigkeiten den kommenden Arbeitsgerichten mit übertragen wird. — Scharfe Kritik wurde auch geübt an die Ferienbestimmung. Hier soll es sogar dazu kommen, daß die einzelnen Länder Änderungen des Reichsgesetzes vornehmen können. Es besteht die Gefahr, daß wenn das Gesetz in jetziger Form zur Durchführung kommt, wir in jedem Bundesstaate ein anderes Gesetz bekommen. Diese Gefahren können nur beseitigt werden, wenn alle Hausangestellten sich schleunigt der Organisation anschließen und treu zu ihr stehen.

In der Diskussion wurden von allen Rednern die Ausführungen der Referentin unterstrichen. Stadtrat Niemann wies nach besonders auf die bevorstehenden Stadterordnetenwahlen hin. Leider ist die Laune zu verzeichnen, daß ein großer Teil der Hausangestellten sich von den Arbeitgebern beeinflussen läßt und zu jeder Wahl seine Stimme den reaktionärsten Parteien gibt. Zu den bevorstehenden Stadterordnetenwahlen müssen sämtliche Hausangestellte ihre Stimme nur den sozialdemokratischen Parteien geben. Nur dann haben sie Gewähr, daß die Interessen richtig vertreten werden.

## Sechsuhr-Ladenschluß oder nicht?

So lautete das Thema in einer überfüllten Versammlung der Handelskassensarbeiter, die im Transportarbeiterverband organisiert sind. Redakteur Dreher schilderte zunächst, welchen Schwierigkeiten die Organisation bei der Einführung des Neun- und Achtuhr-Ladenschlusses begegnete. Die Unternehmer erklärten damals schon, daß gerade die letzte Stunde die beste Verkaufszeit sei, der Kleinhändler würde durch die Einführung des Neun- resp. Achtuhr-Ladenschlusses vernichtet werden. Dieselben Argumente werden auch heute angeführt; Berlin wäre eine tote Stadt, falls der Sechsuhr-Ladenschluß eingeführt werden soll. Als aber durch die Verordnung des Reichskommissars eine Zeitlang der Sechsuhr-Ladenschluß ein-

geführt werden mußte, war von einer toten Stadt Berlin nichts zu merken. Die Stadterordnetenversammlung wie auch der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates haben bereits die Zustimmung zur Durchführung des Sechsuhr-Ladenschlusses gegeben, nunmehr hat der Reichstag das Wort. Große Hoffnung auf die Zustimmung der bürgerlichen Parteien besteht leider nicht. Es wird wieder Aufgabe der Gewerkschaft sein, den Sechsuhr-Ladenschluß durchzuführen.

Alle Diskussionsredner erklärten, daß das Kartell der freien Gewerkschaften im Einzelhandel viel mehr Aufklärung unter das laufende Publikum bringen müsse, damit es seine Einkäufe vor 6 Uhr abends besorgt.

Pollmeier berichtet über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und der Einzelhandelsgemeinschaft über den Abschluß eines neuen Mantelvertrages. Da die Arbeitgeber kein Entgegenkommen gezeigt haben, hat die Versammlung die Organisation beauftragt, nunmehr den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung anzurufen.

## Der Griesheimer Streik beendet.

Griesheim, 7. Oktober. (RTB.) Die Abstimmung der Arbeiterschaft der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron ergab heute mittig für Wiederaufnahme der Arbeit 1716, gegen Wiederaufnahme 276 und 24 unentschiedene Stimmen. Die Beteiligung an der Abstimmung betrug 80 Proz. Das Resultat wird noch heute nachmittag dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, der den Zeitpunkt der Wiedereröffnung des Werkes bestimmen wird.

Klempner. Die im Tarifvertrag für das Klempnergewerbe Groß-Berlins angegebenen Stundenlöhne erhöhen sich ab 10. Oktober 1921 um 1,10 M. pro Stunde, so daß der Mindestlohn 7,80 M. beträgt. Der Mindestlohn für Junggefelln beträgt nach beendeter Lehrzeit im ersten Jahre 6,45 M. und im zweiten Jahre 6,85 M. Bei auswärtigen Arbeiten ist die Landzulage um 3 M. erhöht. In den Betrieben, wo die Arbeitgeber Schwierigkeiten bei der Durchführung der jetzt geltenden Lohnsätze und des Tarifvertrages machen, müssen die Kollegen schnellstens der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 83/85, Kenntnis geben.

Der Erfurter Buchdruckerstreik ist Freitag mittig beendet worden.

Fünfhundert Millionen Pfund für die englischen Arbeitslosen hat Lloyd George im Kabinett beantragt.

Deutscher Transportarbeiterverband. Sektion V: Sonntag 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Coal 4, Engländer. Sektions-Mitglieder-Versammlung aller Verbandsteile aus der Groß-Berliner Metall-, Elektro- und Eisenindustrie. — Branche 3 B. Glas und Keramik: Sonntag 10 Uhr im Restaurant des Gewerkschaftshauses, Gruppenversammlung. — Sektion II: Kolonialwaren, Expeditionsarbeiter usw.: Dienstag 7 Uhr bei Boetj, Weberstr. 17, Gruppenversammlung. Tagesordnung: Organisations- und Branchenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Berliner. Für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiese, Berlin. Verlag: Bernhardt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Preis 1 Blatt.

## Meine Damen!

Nach Überwindung aller Hemmungen bringen wir unser bewährtes

## Carlsbader Kaffeegewürz

wieder in der beliebten

## Würfelpackung.

Zur Streckung des teuren Bohnenkaffees ist es heute unentbehrlich. Eine Zugabe davon erhöht den Wohlgeschmack und kräftigt Duft und Farbe des Getränkes.

Sie finden unsere Marke in jedem besseren Geschäft in der Ausstattung des ehemaligen 50 Pfg.-Päckchens zum Preise von M. 2.90.

Die Echtheit verbürgt dieses Kennzeichen:



**Elegante Speisezimmer**  
ganz neu gerichtet, schöner Arch. u. Ausstattung, sehr hohe Stühle, komplett nur 7200 Mark.  
Unvergleichlich günstiges Angebot!  
**Berliner Möbelhaus**  
Moritz Hirschowitz, nur Südoften  
25 Skalitzer Str. 25  
Hochb. Koitbuser Tor

**Pelz-Haus abuco**  
Leipziger Str. 58  
Zahlungsverleichterung

Kreuz-, Alaska-Silber-, Zobel-, Rotfuchse  
sogar billig v. 300 M. an  
Skunks-Garne sehr billig  
Pelzfutter  
1 Dam u. H. v. 250 M. an  
Felle für Besatz  
an Op. u. Anstr. O. 110,  
Seal E. 1. 25 Silber, 45 M. a.  
Hamsterfelle  
f. Spitzpelze, s. u. e. w.  
Pelzwarenhaus  
**A. Klau & Co.**  
Rosenthaler Str. 40-41  
& Hackeschen Markt

# Diese Preise.

-- mögen Ihnen stets den Beweis erbringen, daß unsere eigene Fabrikation, ges. gesch. Marke „Luxus Form“ die denkbar beste ist, erstklassiger Schnitt, hervorragend in Stoff u. Ausführung!

**Einige Beispiele:**

Schlüpfer	aparte Farb. mit kar. angew. Futter	575.-	Herrenanzüge	halb. Stoffe l. versch. Farb.	450.-
Wint.-Paletots	a. gut. marang. u. schw. Stoff.	650.-	Herrenanzüge	Winterhomespuns	785.-
Lodenmäntel	wetterfeste Strichloden	325.-	Herrenanzüge	blaue Kammergarn u. Chev.	875.-
Gummimäntel	garantierte Qualität	290.-	Cutaway-Hosen	neueste moderne Streif.	198.-
	425.- 350.-			240.- 170.- 142.- 110.- 90.- 75.- 51.-	

**Schulze & Co.**  
Spezialabteilung für Maßanfertigung!

**DREI SPEZIALHÄUSER für HERREN- u. KNABEN-BEKLEIDUNG**

Brückenstr. 11 Ecke Rungestr.    Schöneberg Hauptstr. 10 Ecke Vorbergstr.    Gr. Frankstr. 20 Ecke Kopperstr.

**Kaufhaus ANDERS**  
a. Bahn, Wedding  
Größtes Haus dir. a. Nettelbeckpl.  
Herren-, Damen-Garderoben  
Pelzkragen  
Riesige Auswahl Auf Teilzahlung  
**MÖBEL**  
u. Polsterwaren  
eigenes Fabrikat  
Spezialität 1- und 2-Zimmer-Einrichtung, u. einz. Möbelstücke sowie farb. K. u. E. Einricht.  
Riesen-Auswahl Erl. Zahlungsbeding.  
Kreditkaufhaus ANDERS  
Größtes Haus dir. a. Nettelbeckpl.  
Reinickendf. Str. 16

**Möbel**  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen auf Teilzahlung  
Kleinsten- u. Ahzahl.  
**Möbel-Cohn**  
Gr. Frankfurter Str. 58  
5 Min. v. Alexanderpl.  
Fil.: Badstr. 47-48  
5 Min. v. Bf. Gesundbr.



Groß-Berlin

Die „Fachleute“ der Bürgerlichen.

Steinwerfer im Glashaus.

Die rote Fahne muß vom Rathaus heruntergeholt werden, die roten haben Berlin in Grund und Boden gewirtschaftet, ihre Leute im Magistrat sind Laien und verstehen nichts.

Der deutschnationale „Volkswagen“ hat u. a. dem Stadtbaurat Harten, der das Maschinenwesen leitet, die Fachkenntnis abgesprochen. Harten sei Bergassessor gewesen, habe also gar keine Vorbereitung für sein Berliner Amt mitgebracht.

Trotzdem, stets galten

die Juristen als die „befähigsten“ Köpfe.

die in der Kommunalverwaltung zu allem und noch zu einigem zu gebrauchen seien. Bestimmen wir uns bei dieser Gelegenheit mal auf die Zustände der Kriegszeit, in der die Stadt eine Reihe praktischer Aufgaben übernehmen mußte, die man bis dahin keinem Berliner Magistrat zugezogen und zugemutet hatte.

Wir wiederholen die Frage: Wo hatten alle diese Leute ihre „Fachkenntnis“ her? Vielleicht beantwortet uns das die Berliner Bevölkerung, die in der Kriegszeit die Versorgung mit Brot, Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Fisch, Milch, Butter, Wärmemitteln, Zucker usw., sowie die Volksspeisung zur Genüge kennen gelernt hat.

Es kann der Berliner Kommunalverwaltung nur zum Vorteil gereichen, daß die Juristen zum Teil durch

Männer aus dem praktischen Leben

ersetzt worden sind. Den Juristen, die in der Kriegszeit uns mit dem Nötigen zu „verforgen“ sich abmühten, wollen wir für ihre Mithilfe die durch den Kriegszustand gegebenen Hindernisse gern als milderen Umstand zubilligen.

Fräulein.

Von Paul Enderling.

„Auch nicht, wenn ich dir sage, daß ich ihn nicht liebe —?“ „Du mußt es doch einmal getan haben, Thea, zum mindesten in dem Augenblick, als du Ja sagtest.“ Sie schrie auf. „Da am wenigsten!“

der bürgerlichen Parteien durchschauen und bei den Stadtverordnetenwahlen am 16. Oktober die richtige Antwort geben. Sie stimmt für die Kandidatenlisten der Sozialdemokratie.

Berlin als Hafenstadt.

Wieviele Berliner wissen wohl, daß ihre Stadt mit den verkehrsreichen Straßen auch ein ansehnlicher Hafenplatz ist, dessen Hafenanlagen, insbesondere der im Entstehen begriffene Westhafen, geradezu als Seehafen gewertet werden können.

Große öffentliche Wählerversammlungen!

Heute, Sonnabend, den 8. Oktober:

- 13. Kreis Tempelhof: Wende 7 1/2 Uhr Wählerinnenversammlung in der Aula des Realgymnasiums Kaiserin-Angusta-Str. Thema: „Der Kampf der Frauen ums rote Haus.“ Referent: Frau Ehrhede Knecht, M. d. R.

Morgen, Sonntag, den 9. Oktober:

- 8. Kreis Gladow: Nachmittags 4 Uhr bei Baumann. Thema: „Die politische Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen.“ Referent: M. Krenshiger.

weil nach der Nord- und Ostsee, als auch nach der Tschechoslowakei öffnen, scheint für diesen Zweck vorherbestimmt zu sein.

Berlins Hafenanlagen sind in zwei Bezirke — Osthafen und Westhafen — geteilt, zwischen denen der Mühlendamm die Grenze bildet. Infolge der Schaffung eines einheitlichen Berlin ist es endlich möglich geworden, eine zentrale Verwaltung durchzuführen, so daß die Hoffnung ausgesprochen werden darf, daß auch die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen, die nunmehr großzügig und nach modernen Gesichtspunkten geleitet werden, zu erwarten ist.

Im Osthafen, der durch einen Tunnel mit dem Bahnhof Frankfurter Allee in Verbindung steht, wurden vom Juli bis September 1920 von 303 Arbeitern 147 550,5 Tonnen Güter verladen. Das entspricht einer Arbeitsleistung von 487 Tonnen pro Arbeiter. In dem Vierteljahr Juli-September 1921 aber schafften 223 Arbeiter 221 056,5 Tonnen, pro Kopf also 970 Tonnen.

„Wann reißt du, Lothar?“

„Morgen mittag.“ „Ich wünsche dir soviel Gutes, wie du verdienst. Sieh zu, daß es viel sein kann!“ Hermann Görke stand auf einem Balkon nach dem Platz zu und sah hinaus. Ein Duft von Goldschad und Nelken schwebte herüber.

in den drei Wasserstraßen, der Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin, der Berlin—Spandauer Schiffahrtskanal und der Charlottenburger Verbindungskanal einmünden. Auf dem 38 Hektar großen Gelände sind zwei Hafenbecken ausgebaut. Das nördliche hat eine Länge von 660 Meter, das südliche 450 Meter. Ihre Breite beträgt 55 Meter. Hier können bei vollem Betriebe 104 Finow-Lähne von je 225 Tonnen oder 68 Schiffe von je 600 Tonnen Ladefähigkeit be- oder entladen werden, da eine Kailänge von 2500 Meter zur Verfügung steht.

Die Baukosten, die ursprünglich mit 34 1/2 Millionen Mark berechnet wurden, sind auf 12 1/2 Millionen angewachsen, d. h. trotz einer Verteuerung der Rohmaterialien usw. um das 10- bis 15fache haben sich die Kosten nur etwa um das Vierfache erhöht.

Gattenmordprozess Hemberger.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung Prozes glaubte Rechtsanwalt Hirschowich feststellen zu können, daß die Auslassungen des Prozes hier im Termin in verschiedenen Punkten mit seiner Darstellung in dem Selbstbekenntnis in vollem Widerspruch stehen. Der Angeklagte bleibt bei wiederholten Vorhaltungen dabei, daß er die Zerstückelung der Leiche selbst nicht vorgenommen habe.

Eine Flucht.

Thea lag auf der Chaiselongue in ihrem Zimmer und verfolgte die Sonnenkringel an der Decke. Sie war noch müde vom gestrigen Fest. Es war schon hell geworden, als sie nach Hause gekommen waren. Herrgott, hatte sie getanzt! Als sei es das letzte Mal gewesen...

(Fortf. folgt.)







# Berliner Gewerkschaftsschule.

Die Berliner Ortsausschüsse des ADGB und des Afa-Bundes haben die vom ehemaligen Volksgesetz eingerichtete Ratschule, die spätere Betriebsrätezentrale, als Betriebsräteschule übernommen, die in 50 verschiedenen Kursen in jährlich drei Semestern bereits Tausende von Arbeitern und Angestellten in ihre Aufgaben als Betriebsräte eingeweiht haben. Daneben haben die Berliner Gewerkschaftskommission und die Afa jetzt eine Gewerkschaftsschule ins Leben gerufen, die das Lehrgebiet der Betriebsräteschule ergänzen, die Gewerkschaftsangehörigen, Funktionäre und die Jugendlichen auf allen Gebieten der Gewerkschaftsbewegung schulen soll. Der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung seit der Revolution und die ihr neu zugefallenen Aufgaben erforderten die Heranziehung einer großen Anzahl von Arbeitern und Angestellten als Anfertigte, ehrenamtliche Funktionäre und Betriebsräte. Auch die Jugendbewegung hat sich gut entwickelt. Mehr denn je ist die Schulung der erforderlichen Kräfte notwendig. Diesem Bedürfnis soll für Berlin die neue Gewerkschaftsschule genügen. Ihr Lehrplan sieht für den Unterricht drei Hörguppen vor: Gewerkschaftsangehörige, ehrenamtliche Funktionäre und Jugendliche. Das Stoffgebiet für die erste Gruppe umfasst die Theorie und Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, wofür als Lehrer Dr. E. Rehrig und G. R. Bepel gewonnen sind, Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft, Lehrer: Rudolf Wissell, und das Arbeitsrecht, worin Prof. Dr. Kassel und Ministerialrat Dr. Dersch die Hörer einführen werden. An die Vorträge der Lehrer schließen sich Besprechungen. Die zweite Gruppe wird von Kurt Bublitz in die Gewerkschaftsbewegung und die gewerkschaftlichen Organisationsprobleme eingeführt und von Fritz Schröder mit der Arbeiterbewegung und den Wirtschaftsproblemen vertraut gemacht, in einem etwa zwanzigstündigen Unterrichtskursus. Die Jugendlichen werden durch Dr. Kurt Grilling über die Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung unterrichtet, sowie über die volkswirtschaftliche und weltwirtschaftliche Lage Deutschlands, während U. Reihner über gewerkschaftliche Jugendfunktionen und Jugendbildungsaufgaben lehrt und Gertraud Eller über die Erziehungsaufgaben der gewerkschaftlichen Jugendbewegung. Der Gruppe der Jugendlichen soll besondere Sorgfalt zugewendet werden; die Unterrichtsbeurteilung ein halbes Jahr.

Die Berliner Gewerkschaftsschule will mitteilen, die Männer und Frauen heranzubilden, die als Organe der Arbeiterkraft im wirtschaftlichen und politischen Leben stehen und wirken müssen. Sie will zur Lösung der großen Probleme beitragen, die gefordert und überwunden werden müssen, um zur Stabilisierung und Umstellung der deutschen Volkswirtschaft und des staatlichen Lebens zu gelangen.

Ein feierlicher Eröffnungabend am Donnerstag im Gewerkschaftshaus leitete die neue Schule ein, zu dem sich außer den Hörern eine Reihe von Vertretern der Gewerkschaften und Behörden eingefunden hatte. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission, Genossen Sabath, und einer Ansprache des Sekretärs, Genossen Bollmerhaus, gab der Leiter der neuen Schule, Genosse Friede, ein eingehendes Bild über die Aufgaben der Betriebsräte im Wirtschaftsleben und die Art, in welcher die zur Lösung dieser Aufgaben erforderlichen Kräfte in der neuen Gewerkschaftsschule herangebildet werden sollen. Zum Schluß legte er den Hörern ans Herz, die ihnen gebotenen Möglichkeiten auszunutzen, um als Glieder in der großen Kette der Arbeiterbewegung dienen zu können. Nicht in ihrem eigenen oder in ihrem Berufsinteresse liegt ihre Schulung, sondern im Interesse der Gesamtheit.

Genosse Graßmann vom Vorstand des ADGB würdigte die Bedeutung der neuen Bildungsanstalt. Das ursprüngliche Ziel der Gewerkschaften ist weit überholt. Der Kapitalismus ist stärker als vor dem Ausbruch der Kriege hervorgegangen, weil er materiell und geistig das Wirtschaftsleben beherrscht. Es gelte wirtschaftlich zu rücken, politisch zu einigen und geistig zu schulen. Sozialismus heißt Arbeit, Unterordnung unter ein großes Ziel und Selbstüberwindung. Unterer Aufgabe werden wir nur gerecht, wenn wir in die Dinge eindringen. Wir müssen die Wälder unseres Wissens ausfällen, den Nachwuchs schulen, um dem Kapitalismus auch als geistig Gleichberechtigte gegenüber zu treten. Der Gewerkschaftsbund begrüßt und unterstützt daher alle Einrichtungen, die zur Schulung der Arbeiter und Angestellten dienen. Er ermahnte die Hörer, nicht dem Glauben zu verfallen, daß das Wissen, das sie hier erlangen, überhebe, vielmehr es als eine Grundlage zu betrachten, auf der sie weiter arbeiten müssen.

Genosse Umann begrüßte die Gewerkschaftsschule namens des Afa-Bundes. Der jüngste Afa-Kongress habe das Bündnis zwischen Arbeitern und Angestellten befestigt und seine Hauptaufgabe in der Bildung und Schulung erblickt. Das sei auch der beste Weg, um den gegnerischen Organisationen der Angestellten zu begegnen, die Schiene und Lächer der Arbeiter und Angestellten ihrer gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen.

Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt betonte, daß die Arbeiterbewegung zunächst Organisationen schaffen mußte, dabei aber nie vergessen habe, wie notwendig die Bildung und Schulung für sie ist. Es fehle darin die notwendige Systematik. In der Hauptsache konnte nur in Gewerkschaftsverfassungen Aufklärung verbreitet werden. Ein geordneter Bildungsgang mußte die weitere Aufgabe sein. Die Jugend muß die Kräfte heranzubilden zu künftigen Trägern und Förderern der Bewegung. Begeisterung und guter Wille genügt nicht, das unentbehrliche Wissen muß hinzukommen. Aber auch an den in der Bewegung tätigen Kräften darf nicht vorübergegangen werden. Immer wieder zeigt sich ihnen die Notwendigkeit und bietet sich ihnen die Möglichkeit, Neues zu lernen. Die Stellung der Arbeiter im gegenwärtigen Wirtschaftsgetriebe ist sehr schwierig und stellt an die Weiterbildung hohe Ansprüche. Die Gewerkschaftsbewegung muß die besten Kräfte heranzubilden. Herzliches Glückwunsche zu der neuen Arbeit.

Als Vertreter des Reichsarbeitsministers begrüßte Regierungsrat Dr. Platon die Gewerkschaftsschule, der Geheimrat Rengel vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung freundliche Worte widmete. Der Volkstaat muß ein Kulturstaat, ein Bildungsstaat sein, oder er wird nicht sein. Erziehung zur Mitarbeit und zur Verantwortlichkeit ist dazu notwendig. Die weitere Aufgabe muß sein, den Beruf und die Berufsarbeit ideal aufzufassen. Der Idealismus ist eine starke Kraftquelle. Das Bewußtsein der Mitarbeit hebt den Arbeiter empor. Er hofft, daß die Schule dazu beiträgt, den Idealismus wachzurufen und die Führer heranzubilden, deren die Volkswirtschaft bedarf. Auf dem Weltmarkt können wir uns nur durch Qualitätsarbeit behaupten. Diese kann nur von qualifizierten Arbeitern geleistet werden. Qualifizierte Arbeiter aber können nur auf dem Wege guter Allgemeinbildung gewonnen werden.

Genosse Wollenbutz vom Parteivorstand der SPD erinnerte an die Worte, die Lassalle den Berliner Arbeitern vor 60 Jahren zurief: „Ihr seid der Feind, auf dem die Kräfte der Zukunft erbaut wird.“ Damals war Deutschland noch ein Agrarstaat. In den ersten Jahrzehnten der Bewegung mußte man sich darauf beschränken, Agitatoren zu schulen. Als 1887 das „Kapital“ von Karl Marx erschien, empfand man erst, wie schwer es ist, sich in den wissenschaftlichen Sozialismus hineinzufinden. Neben den politischen Aufgaben sind wir heute auch vor wirtschaftlich bedeutsame Aufgaben gestellt. Die Anforderungen, die an uns herangetragen, werden immer größer. Die Herr-im-Haus-Theorie ist auch heute noch nicht überwunden und doch spielt heute der Arbeiter im Betriebe eine ganz andere Rolle wie früher. Der Weltkrieg hat alles in Unordnung gebracht. Das Vergangene muß uns eine Lehre sein. Etwas Neues muß entstehen, ein neues Wirtschaftsleben, in dem die Arbeiter die Rolle übernehmen müssen, die ihnen Lassalle vor 60 Jahren zugesprochen hat. Für die Hörer gelte es, sich anzustrengen, um als dienende Glieder dem Ganzen zu nützen, Pioniere einer neuen Zukunft zu werden.

Zum Schluß dankte Sabath den Erschienenen und bat die Hörer und Schüler, die Erwartungen zu beherzigen. Durch die Schule soll die im Volke wohnende Urkraft geweckt und dem Volke dienstbar gemacht werden.

# Wirtschaft

## Die Teuerung schreitet fort.

Die vom Statistischen Reichsamt errechnete Mehrgewinn für die Kosten des dringlichsten Lebensbedarfs, die wegen ihrer Berechnungsweise ein sehr unzuverlässiges Bild von den Veränderungen der Lebenshaltungskosten gibt, zeigt ein weiteres Fortschreiten der Teuerung an. Die Lebensindexzahl der Lebenshaltungskosten, der die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete (nicht Bekleidung usw.) zugrunde liegen, ist im September gegenüber dem Vormonat um 17 Punkte oder 1,6 Proz. auf 1002 gestiegen. Gegenüber dem Stande im Januar d. J. (944) beträgt die Steigerung 12,5 Proz., gegenüber September 1920 36,3 Proz. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten ist in der Hauptsache auf Preissteigerungen für Lebensmittel

zurückzuführen. Die Indexzahl für die Ernährungs-kosten allein ist von 1399 im August um 1,4 Proz. auf 1418 gestiegen. Gegenüber Januar d. J. beträgt die Steigerung der Ernährungs-kosten 12,1 Proz.

Im Berichtemont haben zu dieser Erhöhung teilweise recht erhebliche Preissteigerungen für Nahrungsmittel, Hülsenfrüchte, Schweinefleisch, Speck, Eier, Milch und Fisch beigetragen, außerdem kommt in der Septemberzahl die im August eingetretene Brotpreissteigerung zum ersten Male voll zum Ausdruck. Demgegenüber haben sich in fast allen Erhebungsgemeinden Kartoffeln und Gemüse nicht unbeträchtlich erniedrigt.

Auch die Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung sind im Durchschnitt des Reichs erneut gestiegen.

Die Entwicklung war im Berichtemont innerhalb des Reichs nicht völlig ausgeglichen. In einer Reihe von Gemeinden war die Preisermäßigung für Kartoffeln und Gemüse so bedeutend, daß trotz der Erhöhung der Preise für sonstige Lebensmittel eine Verminderung der Gesamtkosten eintrat. In anderen wieder war die Erhöhung des Preisniveaus entsprechend höher.

Zur Erfassung der Devisen für das Reich hat der Gesamtschluß der Außenhandelsnebenstelle Grobkeramik die folgende Entschlüsselung gefordert: Die Ausfuhrbewilligung ist nur zu erteilen, wenn nach volkswirtschaftlichen Kriterien in Auslandswährung verkauft wird. Von der Gesamtausfuhr nach volkswirtschaftlichen Ländern, gleichviel, ob sie in Markt oder in ausländischer Währung erfolgt, sollen mindestens 80 Proz. in ausländischen Devisen an das Reich abgeführt werden, soweit sie nicht nachweisbar für die Ausfuhr notwendig sind. In besonderen Ausnahmefällen ist der Außenhandelsnebenstelle Grobkeramik die Unmöglichkeit der Fakturierung in Auslandswährung und der Devisenablieferung nachzuweisen. In solchen Fällen darf die Ausfuhrbewilligung auch erteilt werden, wenn der Preis in Markt angegeben ist.

Die Kartellierung im Brauergewerbe. Seit länger Zeit schon vollzieht sich im Brauergewerbe eine fortschreitende Fusionierung und Kartellierung, erzwungen durch die Lage des Brauergewerbes nach dem Kriege. Auf dem jüngst in München stattgefundenen 50. Geburtstag des Deutschen Brauerbundes war die Festsitzende des Bundespräsidenten Funke, des Direktors der Schultheiß-Patenhofer-Brauerei, (speziell auf dieses Thema eingeweiht). Funke wies auf die Bedeutung und den Vorteil der zunächst rein lokal entstandenen Preisconventionen und Absatzkartelle hin und forderte schließlich die Anerkennung und Weiterbildung des Kartellgedankens als Hauptaufgabe des Brauerbundes. Der einzelne müsse keine geschäftliche Unabhängigkeit und Wille den Interessen des Gesamtgewerbes ein- und unterordnen. — Im Zusammenhang mit dieser Tagung wurden interessante Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage des Brauergewerbes gemacht. Im Laufe des Jahres 1921 ist ein wesentlicher Aufschwung der Produktion zu verzeichnen, deren größten Teil der innere Verbrauch aufnimmt, während der Export trotz der günstigen Valutaverhältnisse erst ein Fünftel des Produktionsstandes erreicht hat. Hauptabnehmer sind dabei heute Italien und Dänemark.

Zur Finanzlage Frankreichs. Das Staatsdefizit nimmt in Frankreich ständig zu, da die Steuern stark hinter dem Voranschlag zurückbleiben. Für das laufende Jahr sind bis Ende August 716 Millionen Franc weniger Einnahmen in die Staatskasse gestossen als vorgeplant war. Infolge der Unterbindung der Einfuhr durch Schutzzölle usw. haben sich die Zollentkünfte wesentlich vermindert. (Ausfall im August gegen den Voranschlag 60 Millionen Franc.) Besonders ist die Einfuhr von Eisen, Stahl, Maschinen, Textilwaren und Getreide zurückgegangen, letzteres infolge der guten inländischen Ernte. In den ersten acht Monaten des Jahres hatte der Staat 8,6 Milliarden Franc Einnahmen aus Verbrauchsteuern und 643 Millionen Franc (welche nach dem Voranschlag 1,3 Milliarden bringen sollten) aus direkten Steuern. Die Verteilung der direkten Steuern auf die verschiedenen Erwerbszweige ist sehr bezeichnend für die französische Finanzpolitik. Es entfallen nach dem Voranschlag 849 Millionen Franc auf allgemeine Einkommensteuer, 531 Millionen auf Handels- und Industrieerträge, 14 Millionen auf landwirtschaftliche Gewinne, 108 Millionen auf Gehälter und Löhne und endlich 18 Millionen auf die freien Berufe. Die Gewinne der freien Berufe sollten demnach die der ganzen Landwirtschaft übersteigen! Die einseitige steuerliche Bevorzugung der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist in Frankreich noch erheblicher als in Deutschland.

Richard Henke  
Wie verlieren in ihm einen gewissenhaften, ehrlichen Mitarbeiter, dem wir weit über das Gehalt hinaus ein ehrenwertes Andenken bewahren werden.  
10/12  
Der Vorstand des Allgemeinen Ortskrankenkassen Berlin-Wilmersdorf.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Friedhofes statt.

August Bartke  
Dieselbe war seit dem Jahre 1909 in unserer Verwaltung tätig und verlor wie in ihm einen treuen, gewissenhaften und pflichttreuen Beamten. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
Der Vorstand des Allgemeinen Ortskrankenkassen Berlin-Wilmersdorf.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 10. Okt., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes Neuhagen, Stubener Straße, statt.  
10/13

Jagdgewehre  
Automatische Pistolen usw.  
Gustav Rätzel  
Berlin W 8, Markgr.-Str. 50  
Unser vorzüglicher Franzbranntwein wieder erhältlich.

## Die wichtigste Annehmlichkeit von Süßstoff

für alle Speisen und zum Einlösen: **Kristall-Süßstoff.**  
1 H. Bruchstück = 1/2 g für 25 Pf. hat die Süßkraft eines Pfundes Zucker. Rein - vorzüglich - bestimmlich.  
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogeriehandlungen und Apotheken.

für warme und kalte Getränke: **Süßstoff-Tabletten.**  
1 Tablette = 1/2 Würfel Zucker auf eine Tasse. Enthält mit 100 Teil. W. 1.60, 200 Teil. W. 2.60, 300 Teil. W. 3.60.

✂ ✂ Gutgehendes ✂ ✂  
**Holz- u. Kohlen-Platzgeschäft**  
mit elektrischer Bandäge und Fuhrwerk umständelhalber sofort günstig zu verkaufen. Offerten unter E. 28 an die Geschäftsstelle des „Vorwärts“.

Abgebrannt, noch Ding  
**Rothe**  
s. R. 1 soll 6 Mark sein, verlangt 9.40 Mark. F. Meyer, Jung. Regentstr. 110

**„Usurbat“**  
ein seit vielen Jahren sicher wirkendes Mittel gegen jede Art von Flechten.  
Preis d. Packung 18 M. Nur z. beziehen durch Apoth. Friedendorfer, Bezirk Kassel.

**Anzüge**  
in allen Größen aus besten Stoffen in solidester Verarbeitung  
Serie I 600 M. Serie III 800 M.  
" II 700 " " IV 900 "  
und darüber auf **bequeme Teilzahlung** zu den günstigsten Bedingungen  
**Grebler Weinbergsweg 4** am Rosenthaler Platz

**Garderobe**  
für Herbst und Winter auf **bequemste Teilzahlung** bei billigster Preisberechnung  
**HERREN-DAMEN-** Anzüge, Cutaways, Paletots, Kostüme, Paletots, Ulster, Röcke, Kleider, Burschen-Anzüge  
Gute Ware, große Auswahl  
**M. Belser, Lohringer**  
M. 47,50 Potsdam-Str. 122

**Möbel trotz des Streiks**  
solange Vorrat reicht zu altbekannt billigen Preisen.  
Teilzahlung zu kleinsten Bedingungen gestattet.  
**Möbel-Gross**  
Gr. Frankfurter Str. 141  
Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr.  
Liefere auch auswärts

**Ihre Damen- u. Herrenhüte**  
reinigt, färbt u. prägt um in höchst Vollendung  
Stroh- und Filzfabrik Georg Erdmann  
Schönhauser-Allee 116, Reinickendorfer-Str. 32  
Neukölln, Hermannstraße 56/57  
Hierfür 5% Ermäßigung

**Mehr Achtung vor dem heiligen Menschenleben**  
!!! Eine alte Forderung!!!  
Preis nur eine Mark.  
**Pionier-Verlag, Hamburg 44**

**Dr. Hoffbauers ges. gesch. Entfettungs-Tabletten**  
Vollkommen unschädlich u. erfolgreiches Mittel bei **Korpulenz u. Fettleibigkeit** ohne Einhalten einer Diät. Keine stark wirkenden Arzneimitel, keine Schilddrüse enthaltend. Nicht abführend. — Leicht bekömmlich. Gratis Broschüre versendet auf Wunsch  
**Cleantien-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 74** (Dönhofsplatz). — Amt Zentrum 7192.



Trotz Preissteigerung, alte Preise!  
Sakko-Anzüge, beste Verarbeitung, a. Chevot, Kammergrün, mit und ohne Umschlagkappe, auf Leinen u. Rohhaar M. 375, 450, 500, 650, 750, 850, 950, —  
Ulster, Raglan, u. Schiuler-Form, a. modisch, Stoff n. in den neuesten Farben, beste Verarbeit. M. 495, 530, 625, 915, 1050, —

**M. Schulmeister**  
Kottbuser Tor  
Herren- u. Knaben-Konfektionshaus

**Kautabak-Niederlage**  
G. A. Hanewacker, Nordhausen  
Ortmann & Trespel, Nordhausen  
Fischer & Herwig, Hann.-Münden  
M. Hansen jr., Hadersleben / Joseph Doms, Ratibor  
**Max Ziegenhals & Co., Poststr. 12**  
Teleph. Zentr. 2711  
Verkauft nur an Händler



